

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 115-148

DOI: 10.60684/msg.v55i2.70

Ralf Roth

Goethe-Universität Frankfurt am Main

**Memoria dolet. Der schwierige Umgang mit der Erinnerung an den
Holocaust in der Bankenstadt Frankfurt**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Ralf Roth 2024



Ralf Roth

Memoria dolet. Der schwierige Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust in der Bankenstadt Frankfurt

Based on the forthcoming study “Die Frankfurter Milliarden. Die Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden” (The Frankfurt billions: Frankfurt’s banks and the expropriation of the local Jews), this article deals with the phenomenon that even after 80 years, entire dimensions of the Holocaust have remained unstudied for an entire city. This goes for the role Frankfurt’s banks played in the expropriation of thousands of current accounts, savings deposits or entrusted valuables. As early as the 1960s, Holocaust research pointed to the role of blocked accounts as an obstacle to German Jews’ emigration. However, to this day, these facts remain a mystery for most cities, including the banking city of Frankfurt whose Jewish community was the second-largest in Germany. The article discusses the factors that have led to this memory gap. These include the early termination of denazification by the Allies, the subsequent period of concealment and forgetting, the merely partial return of memories of the Nazi-era horrors, as well as the fragmentation and cyclic character of the culture of remembrance. Above all, however, there was considerable resistance among business historians against acknowledging that the available sources are in fact very rich.

1. Einleitung

Der Beitrag widmet sich den Widerständen, das Wirken des Nationalsozialismus auf kommunaler Ebene umfassend aufzuarbeiten. Tatsächlich bestehen bis heute, also 80 Jahre nach den Ereignissen, noch große Forschungsdefizite, die einer Gesamtdarstellung der Stadt Frankfurt im Nationalsozialismus entgegenstehen. Warum ist es immer noch schwierig, über den Nationalsozialismus zu schreiben, wenn es um die Verantwortung von Unternehmen und Banken geht? Ausgerechnet in der Bankenstadt Frankfurt blieben im zentralen Bereich der Wirtschaft erfolgversprechende Anfänge vor einem Vierteljahrhundert ohne Nachfolge. Die damals entstandenen Studien zur Deutschen Bank und zur Commerzbank standen im Kontext einer versuchten Neuausrichtung der in Frankfurt ansässigen Zeitschrift für Unternehmensgeschichte und der 1976 gegründeten Frankfurter Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG). Eine Tagung „Un-

ternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ im I.G.-Farben-Haus im Sommer 1997 machte öffentlich, was damit beabsichtigt gewesen war: ein offener Umgang mit den Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus auch in der Unternehmensgeschichte. Das betraf natürlich gerade auch die Bankengstadt Frankfurt. Auch Festschriften sollten keine geschönten Darstellungen der Vergangenheit und insbesondere der nationalsozialistischen Vergangenheit mehr beinhalten, sondern den Kriterien seriöser Wissenschaft genügen. Doch bereits wenige Jahre danach revidierte die deutsche Unternehmensgeschichte – den Neuanfang ignorierend, den die Konferenz im I.G.-Farben-Haus eingefordert hatte – und es erschienen wieder in langer Reihe Studien, die sich über die Beteiligung der Bankhäuser an den Enteignungen ihrer jüdischen Kunden ausweichen. Das ist der Grund, warum sich bis heute lediglich drei von über drei Dutzend in der NS-Zeit in Frankfurt aktiven Bankhäusern offen zu ihrer verbrecherischen Praxis in der NS-Zeit bekannt haben. Es liegen also gleich in doppelter Hinsicht Erinnerungsprobleme vor: zum einen bei den Banken und zum anderen bei den Historiker*innen, genauer bei einem größeren Teil der Unternehmenshistoriker*innen.

2. Löchrige Erinnerung

Das Historische Museum Frankfurt zeigte 2022, im Jahr des Konflikts mit der lokalen Sparkasse um ihre Vergangenheit, eine große Ausstellung zur Bankengstadt Frankfurt im Nationalsozialismus. Die Kurator*innen folgten dabei der „Expertise“ von Lehrstuhlvertretern des Historischen Seminars und ihrer Einschätzung, dass sich Frankfurt im Nationalsozialismus durch keinerlei Besonderheiten ausgezeichnet habe. Es sei „eine ganz normale Großstadt“ gewesen wie jede andere auch. Diese „Beratung“ führte dazu, dass in der aufwendigen Schau „Eine Stadt macht mit“ keine einzige Zeile, kein Bild und kein Exponat zur Rolle der 40 Geldinstitute bei der Enteignung tausender Mitglieder der zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland in dieser seit Jahrhunderten von Banken geprägten Stadt zu finden war.¹ Als Objekt, das diese Rolle auf den Punkt bringt, hätten die Kurator*innen im Historischen Archiv der Deutschen Bank leicht ein Schreiben der Filiale finden können, in dem das zur Enteignung anstehende Vermögen der nichtarischen Konteninhaber in Höhe von 50 Millionen RM (circa 220 Millionen Euro) als „demnächst abgängig“ bezeichnet wurde. Damit hätte ein Eindruck der Dimension des Raubes an den Nichtarier*innen in dieser Stadt vermittelt werden können, und zwar mit der Ergänzung, dass es sich dabei lediglich um ein Fragment von einem Institut unter 40 weiteren handelt. Das Schreiben ist zudem das einzige, das je von einer Bank zur Frage des

¹ Vgl. Jan Gerchow (Hrsg.), Frankfurt und der NS – Eine Stadt macht mit, Petersberg 2021.

Raubes an der 560.000 Einwohner*innen umfassenden jüdischen Bevölkerung publiziert worden ist – und das bereits vor 20 Jahren! Frankfurt weist also doch Besonderheiten auf.

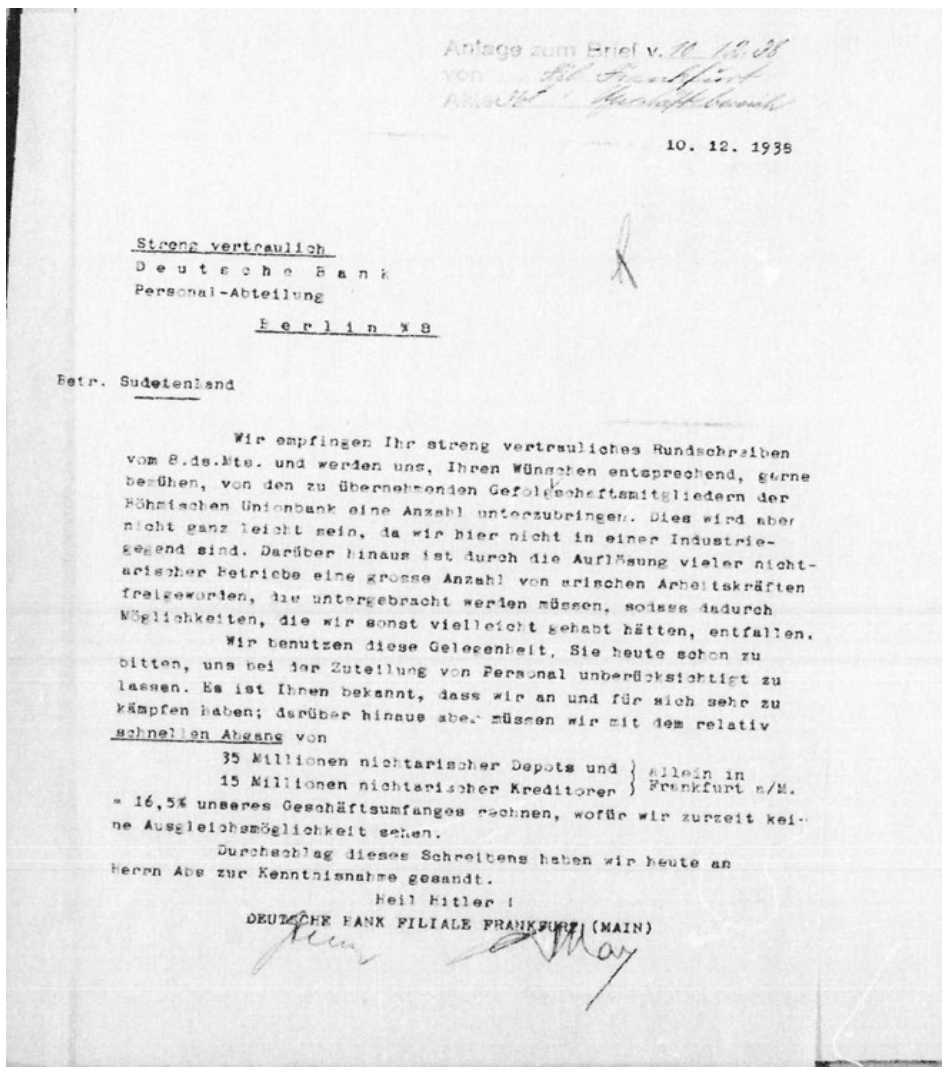


Abb. 1: Das Schreiben weist darauf hin, dass sich die Summe der „nichtarischen“ Vermögen bei der Deutschen Bank im Jahre 1938 50 Millionen Reichsmark betrug. Schreiben der Deutschen Bank, Generalsekretariat Abs an die Deutsche Bank, Personalabteilung in Berlin vom 10. Dezember 1938, in: Historisches Archiv der Deutschen Bank in Frankfurt, DB Hausarchiv HADB, P24151.

In dem neuen Band der Historischen Kommission „Frankfurt und der Nationalsozialismus“ aus diesem Jahr wiederholt sich das Spiel. Diesmal kommen die Banken gar nicht mehr vor, selbst der Begriff „Banken“ wird vollständig vermieden. Auch die Goethe-Universität fehlt; ihr Verhältnis zu Josef Mengele, das seit zehn Jahren zur Aufklärung ansteht, bleibt unbeantwortet und sein Name fällt lediglich in einem Halbsatz.² Der Frankfurter Finanzsektor befand sich zwar nach dem Ersten Weltkrieg in einer Krise; nicht wenige der kleineren Privatbanken fallierten und die Stadt hatte seit langem ihre Stellung als erster Bankplatz in Deutschland eingebüßt. Doch war Frankfurt, vor dem erzwungenen Anschluss von Österreich an das Reich immer noch der viertgrößte Bankplatz in Deutschland. Es liegt also kein Grund vor, die Banken und ihre Rolle im Nationalsozialismus in Vergessenheit geraten zu lassen – wie dies nun seit 80 Jahren gängige Praxis ist. Woher kommen diese Desiderate bezüglich der Rolle der Banken in der Zeit des Nationalsozialismus, die es eigentlich seit langem nicht mehr geben dürfte?

1993 saß der Verfasser dieses Beitrags, seit zwei Jahren Magister Artium der Philosophie und Projektleiter der großen historischen Ausstellung zur 1200-Jahrfeier der Stadt Frankfurt am Main, in der Villa Bonn dem Vorstandsvorsitzenden der Berliner Handels- und Frankfurter Bank gegenüber, der zugleich Präsident der renommierten Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft gewesen war. Wir sprachen über das Vorhaben einer Festschrift, die Anfang 1995 zum 75-jährigen Jubiläum dieser Gesellschaft vorliegen sollte. Ich berichtete über Quellenfunde im Hausarchiv der Gesellschaft, das von 1991 bis 1993 von mir geordnet und dessen Bestände nun erschlossen worden waren, auch diejenigen, die die Zeit des Nationalsozialismus hell ausleuchteten. Neben den Vorträgen bekannter NS-Ideologen betrafen sie vor allem die Anpassung der Gesellschaft an die Rassengesetze des Nationalsozialismus, also die „Arisierung“ der Mitgliedschaft. Eine Serie von mehr oder weniger erzwungenen „Austrittsschreiben“ jüdischer Mitglieder legt Zeugnis davon ab. Später fand sich auch noch ein Verzeichnis der als „nichtarisch“ klassifizierten Mitglieder.³

Ich riet, mit diesen Befunden offen umzugehen und die Zeit des Nationalsozialismus in einem eigenen Kapitel entlang dieser Quellen darzustellen. Der

² Christoph Cornelißen/Sibylle Steinbacher (Hrsg.), Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus. Herrschaft und Repression – Wirtschaft und Gesellschaft – Kultur und Gedächtnis, Göttingen 2024, S. 81-85 und S. 199-248.

³ Ralf Roth, Die Geschichte der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft 1920 bis 1995, in: Lothar Gall (Hrsg.), Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft – Casinogesellschaft von 1802, Frankfurt am Main 1995, S. 37-82, hier S. 51-64; Ralf Roth, 100 Jahre. Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft. Eine bewegte Chronik. 2 Bde., Frankfurt am Main 2019, Bd. 1, S. 280-340. Das Verzeichnis findet sich auf den S. 309-318.

Präsident der Gesellschaft und Vorstandsvorsitzende einer der größten Frankfurter Banken gab mir freie Hand und zwar auch deshalb, weil er selbst erst fünf Jahre zuvor auf einer Mitgliederversammlung die als Folge der Nürnberger Rassengesetze gefassten Beschlüsse von 1935 für null und nichtig erklären ließ. Den s Anstoß dazu hatte das ehemalige Mitglied und dann Widerstandskämpfer im niederländischen Untergrund Rudolph M. Heilbrunn geliefert.⁴ Das „Vergessen“ dieser antisemitisch motivierten Diskriminierung hatte bis in die 1980er Jahre hinein dem Wiedereintritt einzelner ehemaliger jüdischer Mitglieder im Wege gestanden, die sich noch nach 50 Jahren sehr gut an diesen Akt nationalsozialistischen Unrechts erinnerten und natürlich auch an die Praxis des Vergessens. Erinnerung kann das Unrecht nicht ungeschehen machen. Aber für die Opfer perpetuiert die Alternative, das Nichterinnern, das Unrecht, was unter Umständen über Generationen hinweg weitergetragen werden kann. Entgegen einer volkstümlichen Auffassung vergeht Vergangenheit nicht. Insofern gibt es für die Erinnerung keinen Schlussstrich, sondern nur ein Erkennen und ein Umgehen mit dem, was geschehen ist. Es ist im demokratischen Deutschland aus gutem Grund eine selbst auferlegte Verpflichtung, die Diktatur des NS-Regimes und das millionenfache Unrecht nicht zu vergessen. Die Verbrechen der Nationalsozialisten zu leugnen, ist daher nach wie vor strafbewehrt. Ein „Vergessen“ ist jedoch vor allem aus Gründen der Vernunft nicht angebracht.

Die Unterredung hatte noch weitere Folgen. Der Vizepräsident der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Lothar Gall, Lehrstuhlinhaber am Historischen Seminar der Goethe-Universität, nahm sich noch grundsätzlicher der lokalen Erinnerung an den Nationalsozialismus an. Er teilte die Haltung eines offenen Umgangs mit den Untaten des NS-Regimes und gab die 1995 erschienene Festschrift der Frankfurter Gesellschaft heraus, die eine genaue Beschreibung der Arisierungsvorgänge enthält. Sie endet mit dem Eingeständnis, dass die Gesellschaft mit der Vertreibung ihrer jüdischen Mitglieder schwere Schuld auf sich geladen hat.⁵ Dem folgte im gleichen Jahr nicht zufällig die Übertragung des Leitmotivs „offener Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus“ auf die Unternehmens- und Bankengeschichte. Zeugnis davon legt die von Gall, Harold James und Gerald D. Feldman herausgegebene Geschichte der Deutschen Bank ab. In der es unmissverständlich heißt: „Mit ihrer Beteiligung an der ‚Arisierung‘ lud die Bank eine schwere moralische Schuld auf sich“.⁶

Als noch weitergehenden Schritt ist die zwei Jahre später ebenfalls von Vertretern des Historischen Seminars ergriffene Initiative zu einer Konferenz über

⁴ Zu Heilbrunn vgl. Roth, 100 Jahre, Bd. 2, S. 866 f.

⁵ Vgl. Roth, Die Geschichte der Frankfurter Gesellschaft, S. 63 f.

⁶ Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 351.

„Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ zu sehen, die sehr passend im ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben stattfand, und zwar mit dem Ziel einer grundsätzlichen Reform der Unternehmensgeschichte.⁷ Dies war mit einer Neuausrichtung der in Frankfurt erscheinenden Zeitschrift für Unternehmensgeschichte und einer Reorganisation der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte verbunden.⁸ Die Reform zeitigte auch rasch erste Erfolge in den darauf folgenden Studien von Harold James sowie Ludolf Herbst und Thomas Weihe über die Rolle der Deutschen Bank und der Commerzbank in der NS-Zeit wurde auch zur Arisierung jüdischer Vermögen klar und ohne Präliminarien Stellung bezogen.⁹ „Der diskriminierende Umgang von Banken und staatlichen Stellen mit jüdischen Bankguthaben, der in ihrer faktischen Einziehung im Gefolge staatlicher Verordnungen gipfelte, wurde Ende 1937 verschärft. Ein Motiv dafür war das Bestreben, vom Eigentum der deutschen Juden so viel wie irgend möglich für die Zwecke des NS-Staates nutzbar zu machen“.¹⁰ James und Ahlheim arbeiteten dabei die Struktur der Kooperation von Banken und Staat heraus und öffneten mit dem Verweis auf die Rolle der Devisenstellen, den Sonderabteilungen der Finanzämter, den Zugang zu einem mehrere hunderttausend Akten umfassenden Bestand an Quellen, der dezentral und nach Regionen verteilt heute in allen wichtigen Landesarchiven vorzufinden ist. Zu diesem Quellenbestand, also den Akten der Devisenstellen, erschienen zeitgleich zu den Publikationen von James und Ahlheim zahlreiche Publikationen, die sich mit dem Wert dieser Quellen für die Forschungen zum Nationalsozialismus und zum Holocaust auseinandersetzten.¹¹ In Hessen wurden die Forschungsbefunde

⁷ Ankündigung der Konferenz, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte (ZfU) H. 1/1997, S. 130 f.

⁸ Vgl. Jakob Tanner, „Bankenmacht“: Politischer Popanz, antisemitischer Stereotyp oder analytische Kategorie, in: ZfU H. 1/1998, S. 19-34; Anne Nieberding/Clemens Wischermann, Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: ZfU H. 1/1998, S. 35-48; Toni Pierenkemper, Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: ZfU H. 1/1999, S. 15-31; Manfred Pohl, Zwischen Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: ZfU H. 2/1999, S. 150-163.

⁹ Vgl. Harold James, Die Deutsche Bank und die Arisierung, München 2001, S. 195-203; Hannah Ahlheim, Die Commerzbank und die Einziehung jüdischen Vermögens, in: Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004, S. 138-172.

¹⁰ James, Deutsche Bank, S. 195.

¹¹ Vgl. Von der langen Liste der damals erschienenen Literatur seien folgende genannt: Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden, 1933-1945, Berlin 1990; Martin C. Dean, The Finanzamt Moabit-West and the Development of the Property Confiscation Infrastructure, 1933-1945, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933-1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings,

von Susanne Meinl und anderen zu den Akten der Devisenstellen Kassel und Frankfurt sogar in Form einer Wanderausstellung präsentiert, die im Auftrag des Hessischen Rundfunks, des Fritz Bauer Instituts des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst sowie der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen erstellt wurde und deren Reste sich heute im Historischen Museum Frankfurt befinden.¹²

Dreißig Jahre nach der denkwürdigen Unterhaltung mit dem Vorstandsvorsitzenden der BHF-Bank wird jedoch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wieder das „Vergessen“ gefordert. Die Hälfte der Deutschen ist dafür, einen Schlussstrich zu ziehen und sich nicht mehr weiter mit dem Holocaust zu befassen. Es sei alles dazu schon gesagt worden. Überhaupt sei der Nationalsozialismus nicht mehr als ein „Vogelschiss“ (Alexander Gauland) in den Annalen der großdeutschen Geschichte gewesen.¹³ Mittlerweile gehen die Forderungen

Washington 2003, S. 9-20; Susanne Meinl, The Expropriation of Jewish Emigrants from Hessen during the 1930s, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933–1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings, Washington 2003, S. 93–104; Britta Bopf, Economic Discrimination and Confiscation: The Case of Jewish Real Estate, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933–1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings, Washington 2003, S. 105–126; Susanne Meinl/Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt am Main/New York 2004; Hans Günter Hockerts u. a. (Hrsg.), Die Finanzverwaltung und die Verfolgung der Juden in Bayern. Bericht über ein Forschungsprojekt der LMU München in Kooperation mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2004; Christiane Kuller, Finanzverwaltung und „Arisierung“ in München, in: Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hrsg.), München „arisiert“: Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit, München 2004; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005; Martin Friedensberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008.

¹² Bettina Leder-Hindemith/Susanne Meinl, Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933–1945. Ausstellungskatalog. Sparkassen Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main 2002.

¹³ Vgl. Rupert Wiederwald, „Vogelschiss in der Geschichte“. Der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland verharmlost in einer Rede die Herrschaft der Nationalsozialisten. Politiker anderer Parteien sind empört, in: Deutsche Welle vom 2. Juni 2018, <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219> [06.11.2024]. Gauland gehört mit Walter Wallmann zu den Initiatoren, die dafür verantwortlich sind, dass 1982 der Goethe-Preis an Ernst Jünger verliehen wurde. Er war dann Büroleiter von Wolfram Bück, Wallmanns Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters von Frankfurt, bevor er sich eine Alternative suchte und 2013 die gegen den Euro gerichtete Wahlalternative mitbegründete, aus der die AfD hervorging. Er gehört heute zu den Förderern von Bernd Höcke mit positivem Bekenntnis zu

bis hin zu einer 180 Grad Kehrtwende in der Erinnerungskultur. Was wohl darauf hinauslaufen soll, die Leugnung des Holocausts nicht mehr unter Strafe zu stellen und dafür die heroischen Zeiten in den Mittelpunkt einer stolz-deutschen Erinnerungskultur zu rücken, in der die barbarischen Untaten stören. Die Untaten ihrer Vorgänger störten auch die Führungsspitze der Frankfurter Sparkasse, die sich zum Firmenjubiläum 2022 bei dem an der Goethe-Universität ansässigen Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) um 2019 herum eine Festschrift bestellt hatte.

Nach monatelangen Recherchen saß ich deshalb Ende Juli 2021 wieder einem Vorstandsvorsitzenden gegenüber, diesmal jedoch dem eines vergleichsweise kleinen Geldinstituts. Erneut drehte sich das Gespräch um die Vergangenheit im Nationalsozialismus sowie um Quellen, die keinen Zweifel an der Beteiligung an den Verbrechen der Nationalsozialisten zuließen. Diesmal ging es nicht um die Bereinigung von jüdischen Mitgliedschaften, sondern um die Beteiligung an der Enteignung von jüdischen Sparkonteninhaber und zwar bis in die Deportation der Klientel hinein. Ich stieß diesmal – über 80 Jahre nach den Ereignissen – auf verschlossene Ohren, weil die Befunde die Feier störten.¹⁴ Diesmal war das Geldinstitut im Angesicht der wenig erfreulichen Quellen, die dem bis dahin gepflegten Selbstbild so gar nicht entsprachen – ganz im Gegensatz zu dem Kollegen von der viel bedeutenderen BHF-Bank 30 Jahre zuvor – nicht bereit, sich dieser missliebigen Vergangenheit zu stellen. Das Manuskript wurde von dem Auftragnehmer der Sparkasse umgeschrieben und als das nicht akzeptiert wurde, entließ das Institut mich als Autor aus dem Vertrag.¹⁵ Wieder

zentralen Elementen der völkischen Ideologie des Nationalsozialismus.

¹⁴ Vgl. Raub und Enteignung, in: Jüdische Allgemeine vom 14. Juli 2022 (15. Tamus 5782), <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/raub-und-enteignung/> [06.11.2024]. Es dauerte fast ein Jahr, bis sie ihre Meinung revidierten und sich einer gründlicheren Untersuchung nicht mehr in den Weg stellten. Siehe "Filialen sind extrem wichtig". Die Frankfurter Sparkasse hat in 200 Jahren Höhen und Tiefen erlebt, in: FAZ vom 25. Juni 2022.

¹⁵ Zur Begründung wurden gleich vier „Gutachter“ aus den Reihen des Instituts bestimmt, das Manuskript zu prüfen. Das Ergebnis entsprach der Zielvorgabe. Nach einjähriger juristischer Auseinandersetzung distanzierte sich das IBF von den grundlosen Behauptungen der Gutachter, weil den Behauptungen über angebliche „handwerklichen Mängel“ gar keine Gutachten zugrunde lagen. Die aktiven oder emeritierten Lehrstuhlinhaber der Universitäten Bonn, Bochum und München sowie der ehemalige Unternehmenshistoriker der Deutschen Bundesbank hatten allein auf die Reputation ihrer Stellung vertraut. Die Behauptungen genühten der Qualitätspresse, die nicht einmal nach den vorgeblichen Gutachten gefragt hatte. Vgl. Manfred Köhler, Streit um Geschichte der Frankfurter Sparkasse eskaliert, in: FAZ vom 15. März 2022, und Thomas Stillbauer/Gregor Haschnik, Historiker suspendiert – „Schaden für Bankenplatz Frankfurt“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. März 2022. Empört hatte sich einzig Der Spiegel: Jürgen Dahlkamp, Einmal Nazi-Aufklärung, bitte schön billig. Es gibt immer noch Unternehmen, die nichts gelernt

wurde das Unrecht an den Juden in einer Stadt mit der einst zweitgrößten jüdischen Gemeinde im Deutschen Reich perpetuiert. Das lokale Geldinstitut hatte bezüglich seiner nationalsozialistischen Vergangenheit einiges unternommen, das Geschehen in der NS-Zeit im Verborgenen zu halten.

Diese Flucht vor der eigenen Vergangenheit hatte eine lange Vorgeschichte. Denn an die Stelle einer seriösen Aufarbeitung trat bei der Frankfurter Sparkasse wie bei vielen Unternehmen eine ins Bizarre gehende Verschleierung der Beteiligung an dem großen Raubzug des Reichs gegen die Juden. Die damit verbundene Märchenerzählung geht auf den geschäftsführenden Direktor in der NS-Zeit zurück, der in den 1950er und 1960er Jahren als Vorstandsvorsitzender erneut die Geschicke des Unternehmens leitete. Emil Emge konnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Spur weit abseits der Beteiligung an gravierenden Verbrechen lenken, indem die Sparkasse aus Anlass ihres 140-jährigen Bestehens im Jahre 1962 der Stadt Frankfurt eine „Viertelmillion Mark für (ein) Matisse-Bild“ spendete, das Nationalsozialisten als „entartete Kunst“ aus dem Stadel geraubt und dann verkauft hatten. Nun erhielt die Städtische Galerie das Geld, um das geraubte Gemälde auf dem Kunstmarkt zurückzukaufen.¹⁶

Bei der Übergabe des Schecks blitzte für einen kurzen Moment die Erinnerung an die Schreckenszeit des Nationalsozialismus auf und daran, dass die Sparkasse mit den Ereignissen dieser Zeit etwas zu tun gehabt haben musste. Der Vorstandsvorsitzende ließ einen einzigen die Zeit reflektierenden Satz fallen: Er empfinde „die Spende als einen Dienst am kulturellen Leben von Frank-

haben: Ein Historiker wird abserviert, nachdem er der Frankfurter Sparkasse Versäumnisse bei der Aufarbeitung ihrer braunen Jahre angelastet hat, in: Der Spiegel Nr. 13 vom 26. März 2022. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen siehe Benjamin Ortmeier, Hart, aber notwendig: Zur Auseinandersetzung über die jüdenfeindlichen Aktivitäten (Raub und Enteignung) der Frankfurter Sparkassen in der NS-Zeit, <https://www.labour-net.de/branchen/dienstleistungen/bildung/gegen-die-einschraenkung-der-forschung-von-prof-dr-ralf-roth-und-die-vertuschung-der-beteiligung-der-frankfurter-sparkasse-an-ns-verbrechen/> [06.11.2024].

¹⁶ Es handelte sich dabei um das Gemälde von Henri Matisse, Blumen und Keramik von 1911. Zur Provenienz des Matisse Gemäldes vgl. Iris Schmeisser, Ein Zeichen der Freundschaft. Gleich zweimal gelangte dieses Gemälde in die Sammlung des Stadel. Wenn die Ausstellung Matisse – Bonnard in diesen Tagen endet, bleibt es in Frankfurt – als Zeuge einer weiteren bewegten Geschichte, <https://stories.staedelmuseum.de/de/matisse-blumen-und-keramik> [18.11.2024]. Vgl. zum Hintergrund Friedrich Lauf, Im Zeichen des Bienkorbes. Chronik der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft). 1822–1981, Frankfurt am Main 1984, S. 339; Thomas Bauer, In guter Gesellschaft. Die Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2010, S. 164 f.; und Das Geburtstagskind beschenkt die Stadt 1962, in: FAZ vom 5. April 1962.

furt und möchte zugleich nach seinen Kräften, das zu revidieren versuchen, was eine vergangene Epoche schlecht gemacht habe“, so gab es die Frankfurter Allgemeine Zeitung damals wieder.¹⁷ Die öffentliche Resonanz auf den Rückkauf eines von den Nazis geraubten Kunstwerkes und auf diesen einen Satzes war ausgesprochen positiv und der damit verbundene kulturelle Mehrwert blieb direkt an Emge und an der Sparkasse haften. Diese Tat des NS-Sparkassendirektors wurde in der Öffentlichkeit als Rückkehr des untergegangenen, früher stark von Juden und Jüdinnen geprägten Frankfurter Mäzenatentums gefeiert: „Wo Emge ein Veto anbringen und wo er in seinem Wirkungskreis dieser Stadt ihren alten Namen jung erhalten kann, tut er es mit beispielhafter Selbstverständlichkeit“.¹⁸

Von Bedeutung ist, dass die Wende Emges hin zur Kultur zeitlich mit seiner Rückkehr an die Spitze der Frankfurter Sparkasse zu Beginn der 1950er Jahre zusammenfiel und die Spende als ein erster Höhepunkt dieses neuen Selbstbildes anzusehen ist. Seitdem gilt die Frankfurter Sparkasse in der städtischen Öffentlichkeit als eine Bank mit besonderer Verantwortung für die lokale Kultur. 140 Jahre zuvor war sie im Jahre 1822 jedoch von der einige Jahre zuvor gegründeten Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und ihrer Hilfswissenschaften (später schlicht Polytechnische Gesellschaft) mit einer ganz anderen Absicht ins Leben gerufen worden. Sie sollte mit ihren Gewinnen die bildungspolitischen und sozialen Anliegen der Gesellschaft finanziell unterstützen und es dem bürgerlichen Mittelstand zugleich erlauben, verzinsten Rücklagen zu bilden. Sie war damit eine Kasse mit sozialen Anliegen. In einer Zeit jedoch, als soziale Unterstützung von privater Seite angesichts des immensen Ausbaus des Sozialstaats in der Bundesrepublik drastisch an imagebildendem Wert verlor, wechselte die Frankfurter Sparkasse unter der Regie Emges auf das weite Feld der Kunst und Kultur. Sie suchte die Kooperation mit dem Historischen Museum Frankfurt, beförderte Kunst- und heimatgeschichtliche Ausstellungen, beteiligte sich an der Gründung des Kuratoriums Kulturelles Frankfurt, begründete den Verein zur Pflege der Kammermusik, unterstützte die Bürgeraktion „Rettet das Opernhaus“ und ließ eigens einen großen Vortragssaal für öffentliche Vorträge im Neubau der Sparkasse einrichten.¹⁹

¹⁷ G. V. Letztes Kapitel war der Scheck. Die Sparkasse von 1822 stiftet eine Viertelmillion Mark für Matisse-Bild, in: FAZ vom 8. Juni 1962.

¹⁸ Frankfurter Gesichter, in: FAZ vom 11. August 1962.

¹⁹ Zu einer der ersten historischen Ausstellungen titelte die FAZ: Es wandeln sich Münze und Zeit, doch immer währet Sparsamkeit, in: FAZ vom 11. Juni 1952. Zur Gründung des Kuratoriums vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 155-160 und S. 163 f. Zum Konzertsaal vgl. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 311, S. 326 und S. 336-340. und Andrea Hansert, 50 Jahre Kuratorium Kulturelles Frankfurt, Frankfurt am Main 2007.

Was aber meinte der sich kulturbeflissenen Gebende mit den dunklen Worten, er wolle versuchen zu revidieren, was eine „vergangene Epoche schlecht gemacht habe“? Der Halbsatz kann als Bekundung gelesen werden, dass es seitens der Sparkasse eine Verantwortung und eine Schuld gegeben habe, die eine Wiedergutmachung erfordere. Doch bleibt es dann ein Rätsel, warum die Sparkasse versuchte, ihre Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus mit einem Kunstwerk „zu revidieren“. Das führt uns zu den Fragen: Wer war dieser Emil Emge und was könnte die Sparkasse damals „schlecht gemacht“ haben?

3. Die „Arisierung“ eines Frankfurter Geldinstituts und die folgende Mittäterschaft

Die Anpassung der Frankfurter Sparkasse an den „Neuen Staat“ begann bereits in den ersten Wochen des neuen Regimes und hatte sofort weitreichende Folgen für den Vorstand und die Direktion der Sparkasse. Emil Emge war an diesem Umbau von Anfang an beteiligt. Er wurde ab März 1933 dem der Weimarer Demokratie verbundenen zweiten Direktor, Fritz Kerber, als neuer dritter Direktor beigeordnet. Bis dahin hatte sich Emge, der 1919 als einfacher Angestellter in die Sparkasse eingetreten war, bis zum Leiter der Wertpapierabteilung hochgearbeitet.²⁰ Er blieb als einer der wenigen führenden Mitarbeiter die gesamten zwölf Jahre des Nationalsozialismus, und zwar ab 1936 als zweiter und dann von 1940 bis zum Kriegsende als erster oder geschäftsführender Direktor. Sein Aufstieg innerhalb der Direktion begann zusammen mit der Gleichschaltung der beiden obersten Gremien der Frankfurter Sparkasse, dem Vorstand als beratender Instanz und der Direktion, die man heute Vorstand nennen würde.

Die beiden führenden Köpfe, Fritz Hetzer und Fritz Kerber, die das Unternehmen durch die Krisen der Zwischenkriegszeit gelenkt hatten, wurden seitens der Gauleitung und der von ihr bereits gleichgeschalteten Nassauischen Landesbank mit Nachdruck aufgefordert, im Juli 1935 beziehungsweise 1936 in den Ruhestand zu treten. Ihre Nachfolge übernahmen bewährte Nationalsozialisten. Für den Demokraten Hetzer trat der stadtbekannteste Nationalsozialist Friedrich J. Seelig an die Spitze der Sparkassenverwaltung.²¹ Ähnliche Schicksa-

²⁰ Vgl. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Nachlass S1-531 – 2, Emge, Emil. Nach Friedrich Lauf noch um „sachliche Arbeit, abseits von parteipolitischer Einflußnahme“ bemüht. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 183.

²¹ Schreiben von Friedrich Jacob Seelig an Richard Wachsmuth vom 17. Februar 1936, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Depositum der Polytechnischen Gesellschaft, W 2/4, Nr. 32. Zur Biografie vgl. Lebenslauf von Friedrich Seelig als Anlage zum Schreiben von Stadtkämmerer Lehmann an Oberbürgermeister Krebs vom 19. Juli 1935, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Magistratsakte 8431. Vgl. weiterhin Gleichschaltung auch bei der Nassauischen Landesbank, in: Frankfurter Zeitung vom 7. April 1933; und Bruno Müller, Gutachten Nr. 7. Entwicklung der Polytechnischen Gesellschaft in den letzten 10

le erlitten die Mitglieder des nun Verwaltungsrat genannten „Vorstands“. Von dem Personenkreis, der 1933 amtierte, befand sich 1935 fast niemand mehr im Amt. Dafür kontrollierten Nationalsozialisten dieses Gremium.²² Den Vorsitz übernahm mit Otto Schneider ein weiterer bekennender Nationalsozialist, der eng mit dem neuen Generaldirektor der Nassauischen Landesbank und SS-Obersturmbannführer Wilhelm Avieny zusammenarbeitete. Avieny war wiederum der neue Leiter der Nassauischen Landesbank und die rechte Hand des Gauleiters und Reichsstatthalters für Hessen-Nassau Jakob Sprenger. Dieser hielt in der Region die Zügel fest in der Hand und seine Hand auch gerne auf.²³ Ohne Skrupel forderte er von der neuen Direktion der Sparkasse, ihm von den rund 400.000 Reichsmark des für 1935 erwirtschafteten Überschusses nicht weniger als ein Viertel, also 100.000 Reichsmark, zur persönlichen Verwendung zu spenden. Er forderte sie damit auf, einen Gesetzesbruch zu begehen, weil Geschenke, zumal in dieser Größenordnung, nach der gerade reformierten Preußischen Sparkassen-Verordnung nicht zulässig waren.²⁴

Ohne größere Zeitverzögerung folgten neue, an die Rassengesetze angepasste Statuten. Sie traten am 1. August 1937 in Kraft und bescherten der Sparkasse eine neue Organisationsstruktur mit Mitgliederversammlung, Verwaltungsrat und Direktion. Letztere leitete von nun an tatsächlich die Geschäfte der Sparkasse und nicht mehr wie zuvor der Engere Ausschuss der Polytechnischen Gesellschaft. Das hatte allerdings seinen Preis, denn die neue wirtschaftliche Freiheit war eng mit politischer Unterwerfung verbunden. Auch hörte die Sparkasse auf, ein auf Frankfurt beschränktes Institut zu sein, worauf generell die Änderungen der Sparkassengesetze in Preußen durch die Nationalsozialisten abzielten. Beides regelte der erste Paragraph, in dem die Sparkasse zugleich „der

Jahren, Frankfurt am Main, Oktober 1945, S. 3-5 und S. 22 (unveröff. Typoskript, Archiv der Polytechnischen Gesellschaft). Zum Hintergrund vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 113 f.; Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184.

²² Vgl. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184.

²³ Vgl. Gleichschaltung auch bei der Nassauischen Landesbank, in: Frankfurter Zeitung vom 7. April 1933; Die „Graue Eminenz“ des Gauleiters, in: Frankfurter Rundschau vom 22. September 1949; Bruno Müller, Gutachten Nr. 7. Entwicklung der Polytechnischen Gesellschaft in den letzten 10 Jahren, Frankfurt am Main, Oktober 1945, S. 3, S. 5 und S. 22 (unveröff. Typoskript, Archiv der Polytechnischen Gesellschaft). Siehe auch Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184; und vor allem Bauer, In guter Gesellschaft, S. 115 f. und S. 167. Zur Rolle der Personen Sprenger und Avieny vgl. Bettina Tüffers, Der braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933–1945, Frankfurt am Main 2004, S. 142.

²⁴ Schreiben des Gauleiters der NSDAP Sprenger an den Präsidenten der Polytechnischen Gesellschaft vom 6. August 1936 mit Dank für die Spende, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt. Depositum Polytechnische Gesellschaft Nr. 409.

Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau²⁵ unterstellt wurde. An die Stelle des Engeren Ausschusses der Polytechnischen Gesellschaft, mit dem die Aktivitäten der Sparkasse überwacht wurden und der aus lokalen Größen bestand, rückte nun der Nationalsozialist Prinz Philipp von Hessen. Mit ihm als Aufsichtsperson trat die Geschäftsführung der Sparkasse mit ganz anderen Kreisen des „neuen Staats“ in Verbindung, von denen sie bis dahin mit ihrem stadtbezogenen Beziehungsnetzwerk nur hatte träumen können. Der Prinz hatte einen um ein Vielfaches größeren Einfluss als selbst Gauleiter Jakob Sprenger oder der Frankfurter NS-Oberbürgermeister Friedrich Krebs. Philipp von Hessen gehörte zum engen Freundeskreis von Hitler und Göring. Er hatte sich – wie viele Aristokraten – bereits früh der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen und er teilte mit Hitler das Interesse für Kunst und Architektur. Als Vertrauter wurde er von Göring persönlich gleich nach der „Machtergreifung“ 1933 zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt.²⁶ Die Beziehung hatte Bestand, weil er den Kauf zahlreicher wichtiger Kunstwerke für das große Museum, das Hitler in der Führerstadt Linz plante, vermittelte und dabei auch im großen Stil Kunstwerke für die Sammlung raubte. Weiterhin verschaffte er dem „Führer“ für diese Zwecke zusätzliche Erlöse durch den Raub und Verkauf missliebiger Kunst. So eignete er sich etwa aus den Beständen des Städel das Porträt des Dr. Garchet von Vincent van Gogh an. Dachte Emge also an den Prinzen, seinen quasi-Vorgesetzten in der NS-Zeit, als er „zu revidieren versuchte“, was dieser in der NS-Zeit „schlecht gemacht“ hatte? Dann würde seine Bemerkung und der Rückkauf des Matisse-Gemäldes tatsächlich einen Sinn ergeben.²⁷

Es gibt auch noch andere Bezüge zwischen Emge und dem Prinzen von Hessen, die über den Vizepräsidenten der Polytechnischen Gesellschaft, den Stadt-

²⁵ Vgl. die Satzung der Frankfurter Sparkasse von 1937 und die Diskussion um ihre Entstehung in den Jahren 1936 und 1937, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt. Depositemum der Polytechnischen Gesellschaft W 2/4, Nr. 409 und 411.

²⁶ Vgl. Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 355. Siehe außerdem Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. akt. Aufl., Frankfurt am Main 2005, S. 250; Hans Philippi, Landgraf Philipp von Hessen, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1980/81, Marburg 1982, S. 9-15 sowie Jobst Knigge, Prinz Philipp von Hessen. Hitlers Sonderbotschafter für Italien, Berlin 2009, S. 11-13.

²⁷ In den Frankfurter Kunstinstituten ist sein Name gut bekannt. Vgl. Beschlagnahme des van Gogh, in: Städel-Archiv 631. Im Archiv des Städelmuseums gibt es einen eigenen Bestand zu seiner Person. Siehe überdies Malte König, Kooperation als Machtkampf. Das faschistische Achsenbündnis Berlin-Rom im Krieg 1940/41, Köln 2007, S. 259-266; Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 355; und Klee, Das Personenlexikon, S. 250. Die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste listet ihn heute unter die Beteiligten Privatpersonen und Körperschaften am NS-Kulturgutraub, die Art Looting Intelligence Unit (ALIU) hatte dies bereits 1945 getan. Siehe ALIU, List of Red Flag Names, sowie Knigge, Prinz Philipp von Hessen.

rat Bruno Müller, liefen und Raubzüge ganz anderer Art betrafen. Als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau war der Prinz nicht nur in Bezug auf die Nassauische Landesbank tief in die „Arisierung“ jüdischen Vermögens verstrickt, sondern auch an Enteignungen beteiligt, die in enger Kooperation mit dem für Wohnungsbau und Stiftungswesen zuständigen Stadtrat Müller durchgeführt wurden. Dieser betrieb in den zwölf Jahren des Unrechtsregimes maßgeblich die „Arisierung“ von über 100 jüdischen Stiftungen in Frankfurt, und zwar in enger Kooperation mit dem Prinzen und der Gestapo. Gleichzeitig nahm Müller von seiner führenden Stellung bei der Polytechnischen Gesellschaft aus auch Einfluss auf die Frankfurter Sparkasse, die wiederum von dem Prinzen beaufsichtigt wurde.²⁸ Der Aspekt „Raub“, aber nicht in den Formen Kunst und Stiftungsvermögen, führt uns zu dem, was die Frankfurter Sparkasse in der Zeit des NS wirklich „schlecht gemacht hatte“ – ihre tatkräftige Beteiligung an dem, was Martin Dean „Robbing the Jews“ genannt hat, und dies stand wieder im engen Zusammenhang zur Shoa, weil die Blockierung der Konten und die drohende Enteignung Teil immer stärker den Zugang der Juden zu den wirtschaftlichen Kreisläufen strangulierte. Das wiederum sollte den Auswanderungsdruck erhöhen, erschwerte die Auswanderung in vielen Fällen jedoch sehr, weil ein Großteil von Besitz und Vermögen zurückgelassen werden musste.²⁹ Die Vertreibung gehörte von Anfang an zu den Grundsätzen des Nationalsozialismus wie sie Shlomo Aronsohn beschrieben hat: „Aus seinen [Adolf Hitlers] eigenen Schriften und öffentlichen Reden jener Zeit geht deutlich hervor,

²⁸ Dokumentiert sind dabei auch Interaktionen mit dem Oberpräsidenten und der Gestapo bei der Arisierung der großen Rothschildstiftungen in Frankfurt. Damals koordinierten Stiftungsabteilung und Gestapo in Zusammenarbeit mit Philipp von Hessen die „Überführung der jüdischen (Rothschild) Stiftungen in die Reichsvereinigung der Juden“. Siehe zu Bruno Müller v. a. Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 340-345; ausführlich Gunter Stemmler, Bruno Müller – Frankfurter Stadtrat für Stiftungen, Hamburg 2020. Zu den jüdischen Stiftungen und Stiftungsenteignungen siehe Arno Lustiger (Hrsg.), Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main (Biographischer Teil mit Kurzbiographien jüdischer Stifter, Politiker und Mäzene), Sigmaringen 1994; Ralf Roth, Aufstieg und Krise des Stiftungswesens in Frankfurt am Main. Zur strukturellen Entwicklung eines kommunalen Stiftungsnetzwerkes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Rainer Liedtke/Klaus Weber (Hrsg.), Religion und Philanthropie in den europäischen Zivilgesellschaften. Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2009, S. 121-137; Ralf Roth, Jüdische Stiftungsaktivitäten und Universitätsgründungen: Die Beispiele Frankfurt und Hamburg, in: Thomas Adam/Manuel Frey/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 161-178. Die beiden Beiträge referieren auf Ergebnisse des Forschungsprojekts Jewish Philanthropy in Europe, das in Zusammenarbeit mit der University of London und The Rothschild Archive in den Jahren 2005 bis 2009 durchgeführt wurde.

²⁹ Vgl. Martin Dean, Robbing the Jews. The Confiscation of Jewish Property in the Holocaust, 1933–1945, New York 2008.

daß Hitler die Juden im Herzen Deutschlands sowie im neuen „Lebensraum“ in Osteuropa loswerden wollte. Zu der Zeit war die öffentliche Proklamierung dieses Hauptzieles durch keine außenpolitischen Zwänge beschränkt; sie wurde daher später von Wissenschaftlern und Laien als Erklärung der Absicht verstanden, die Juden physisch zu zerstören, sobald die Zeit dafür reif sei. Wenn auch die tatsächliche Form und vorgeschlagene Durchführung des judenfeindlichen Programms vage blieb, so war doch der Wunsch nach Entfernung der Juden konstant“.³⁰ Deshalb folgte der zu langsam fortschreitenden Vertreibung die Entscheidung zur „Endlösung“ und mit ihr auch das Ende des Raubs. Es geht bei der Frage nach der Rolle der Banken in diesem Zusammenhang demnach nicht um Kleinigkeiten. Emil Emge, der selbst daran beteiligt war, konnten die Folgen seines Handelns nicht verborgen geblieben sein. Dies mit dem Rückkauf eines Gemäldes „wieder gut zu machen“, ist bizarr zu nennen.³¹

Die strukturelle Anpassung an die rassenideologischen Ziele des neuen Regimes hatte als erstes die Konsequenz, dass es keine Zukunft mehr für „nichtarische“, vornehmlich jüdische Beschäftigte bei der Frankfurter Sparkasse gab. Es ist anzunehmen, dass es unter den mehreren hundert Beschäftigten der Sparkasse zahlreiche Juden und damit Opfer der Arisierung gegeben hat. Ausgehend von statistischen Überlegungen zur außergewöhnlichen Größe der jüdischen Gemeinde in Frankfurt von immerhin 5,2 Prozent der Einwohnenden liegt es nahe, dass sich unter den über 400 Beschäftigten mehrere Dutzend jüdische Mitarbeiter*innen befanden, und zwar eher mehr als weniger, weil die Frankfurter Sparkasse, im Gegensatz zur kommunalen Stadtsparkasse Frankfurt, als privates Geldinstitut erst einmal nicht dem rassistischen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom März 1933 unterlegen hatte. Dass es jüdische Mitarbeiter*innen gab, belegt zudem zweifelsfrei der traurige Fall von Albert Tachau. Der Kaufmann und Bankbeamte Albert Tachau war 1910 in die Stadt gekommen und fand von 1929 bis 1938 Anstellung bei der Frankfurter Sparkasse. Seine jüdische Herkunft war nicht bekannt. Als er jedoch im Oktober 1938 – kurz vor dem berüchtigten Pogrom am 9. November – von der Sparkasse aufgefordert wurde, einen Ariernachweis vorzulegen, endete das Arbeitsverhältnis und das hatte gravierende Folgen. Tachau wurde nicht einfach entlassen, sondern wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung angezeigt, weil er verschwiegen hatte, „daß er Jude ist“, wie es später in den Gerichtsakten stand. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und wurde sofort in der

³⁰ Shlomo Aronson, Die dreifache Falle. Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31:1, 1984, S. 29-65, hier S. 35.

³¹ Alles Notwendige dazu hat Max Czollek, Versöhnungstheater, München 2023, zusammengefasst. Siehe insbesondere das Kapitel „Wiedergutwerden ohne Wiedergutmachung: Kniefälle, Reden und andere symbolische Handlungen“, S. 37-47.

Haftanstalt Preungesheim vollstreckt. Am 20. Juli 1939 meldete die Gefängnisleitung den Tod von Albert Tachau.³² Da der Rechtsstaat nicht mehr bestand, ist nicht ausgeschlossen, dass er – wie so viele im Gefolge der „Reichskristallnacht“ – ermordet worden ist. Das also war ein Fall, den die Sparkasse unter der Leitung von Seelig und Emge wirklich „schlecht gemacht“ hatte.

Das Schicksal von Tachau dokumentiert zugleich, dass die Direktion nicht nur einfach die neuen Regeln des Regimes akzeptierte, sondern sie übererfüllte, indem sie Menschen denunzierte.³³ Emil Emge suchte Anerkennung durch den NS-Staat und Teilhabe an der Macht der Nationalsozialisten. Er setzte einige Hebel in Bewegung, um sein Institut vom Regime auszeichnen zu lassen. In diesem Kontext fiel nur kurze Zeit nach dem Tod von Tachau die Bewerbung, ein „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ zu werden. Die Direktion holte dafür eine Empfehlung von Seiten des Oberfinanzpräsidenten in Kassel ein, die in buchhalterischer Zurückhaltung „keine Bedenken“ gegen die Teilnahme des Unternehmens am Leistungswettkampf um den Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ äußerte. Das wog mehr als die zahlreichen Spenden für die Winterhilfe, NS-Volkswohlfahrt oder die Hitlerjugend. Die Auszeichnung wurde einige Monate nach der Niederlage Polens am 1. Mai 1940 verliehen; wenig später folgte ihr noch die Verleihung der „Goldenen Fahne“ der Deutschen Arbeitsfront. Für die restlichen fünf Jahre, die der Sparkasse im 1000-jährigen Reich noch blieben, durfte sie ihre Schriftstücke mit einem goldenen Hakenkreuz im Zahnrad verzieren.³⁴

Die Bewertung durch den Oberpräsidenten der Finanzdirektion in Kassel und der Devisenstelle Frankfurt hing wiederum von der engen Zusammenarbeit mit den Finanzämtern ab. Diese umfasste in erster Linie die tatkräftige Mitarbeit bei den Enteignungen der „nichtarischen“, das heißt vor allem der jüdischen Sparer. Hier liegt der Kern dessen, was Emge mit seinem Institut „schlecht gemacht“ hatte. Entgegen vielfacher Behauptungen ist die Quellenlage diesbezüglich – wie für die meisten Banken im Raum des Großdeutschen

³² Alles, was wir heute über Albert Tachau wissen, verdanken wir der Recherche von Angelika Rieber vom Verein Jüdisches Leben in Frankfurt. Vgl. ihren Beitrag „Wirf alle Sorgen von Dir“. Familie Tachau, in: Angelika Rieber/Eberhard Laeuen, Haltet mich in gutem Gedenken“. Erinnerungen an Oberurseler Opfer des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2016, S. 821 f.

³³ Vgl. Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004, S. 64–66.

³⁴ Es gab „keine Bedenken“ der Finanzaufsicht in Kassel gegen eine Teilnahme der Sparkasse am Leistungswettkampf der deutschen Betriebe. Siehe Schreiben des Oberfinanzpräsidenten der Devisenstelle an die Wirtschaftskammer Hessen vom 19. Januar 1940, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 519/3, Nr. 23.700. Das goldene Emblem findet sich ab Mai 1940 im alltäglichen Schriftverkehr, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Depositum der Polytechnischen Gesellschaft W2/4, Nr. 409.

Reichs – ausgezeichnet, weil sich große Aktenbestände zahlreicher Devisenstellen vollständig erhalten haben.

4. Was die Akten der Devisenstellen erzählen, wenn man sie nicht ignoriert

Die Devisenstellen waren im Zuge der Devisenbewirtschaftung 1931 als Sonderabteilungen ins Leben gerufen worden. Sie unterstanden erst den Landesfinanzämtern und dann, in der NS-Zeit, den regional organisierten Oberfinanzpräsidien. Ihr Ziel war es ursprünglich, Kapitalflucht zu verhindern und die Devisenzwangsbewirtschaftung durchzuführen und zu kontrollieren. In der Zeit des Nationalsozialismus kamen jedoch zusätzliche Aufgaben hinzu. In Einzelfällen bereits ab 1936 praktiziert, spätestens jedoch ab dem Jahreswechsel 1937/38 wurde von den Devisenstellen ausgehend ein engmaschiges Netz zur Kontrolle der Vermögensbestände aller „Nichtarier“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie aufgebaut und insofern die Expertise der Angestellten in den Devisenstellen zur Unterdrückung der Juden genutzt. Ihre Effizienz steigerte sich durch die enge Kooperation mit den Banken beträchtlich. Das ist von Raul Hilberg bereits 1960 und fast ein halbes Jahrhundert später von Martin Dean beschrieben worden.³⁵

Nach der Erfassung aller finanziellen und auch leicht in Geld umwandelbaren Vermögensbestandteile, von denen insbesondere Renten, Lebensversicherungen und Immobilien nachgefragt wurden, folgte die drastische Einschränkung des Zugangs zu diesen Guthaben, Geldvermögen und Sachwerten, die zum größten Teil bei den Banken lagerten.³⁶ Dazu wurden in Deutschland hunderttausende sogenannte Sicherungsanordnungen erlassen und postalisch an die Opfer verschickt. Jede einzelne Entnahme über einen gewährten Freibetrag hinaus, der sich auf das für den Lebensunterhalt Notwendigste beschränkte, musste ab diesem Zeitpunkt aufwändig bei der zuständigen Devisenstelle beantragt und von den Oberpräsidien genehmigt werden. Zusammen mit weiteren Maßnahmen zur systematischen Ausschließung aus den wirtschaftlichen Kreisläufen, insbesondere Boykotten, und aufgrund der Rassengesetze erzwungenen Entlassungen dienten die Einschränkungen des Zugangs zu den privaten Sparguthaben, den Geldvermögen oder den Wertpapierdepots sowie verkauftem Grund- und Immobilienbesitz der „Nichtarier“ der Sicherstellung dieser Werte für die beabsichtigte Enteignung zugunsten des Reichs. Intendiert war vor allem die Zerstörung der wirtschaftlichen Leistungskraft der jüdischen Gemein-

³⁵ Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bonn 2024 (orig. 1961), S. 119-176. Noch ausführlicher bei Dean, *Robbing the Jews*, S. 132-171.

³⁶ Weitere Vermögensbestandteile bildeten Renten und Lebensversicherungen, Immobilien und Sachwerte.

den mit dem unverhohlenen Ziel der Vertreibung der Juden. Vertreibung und Blockade der Konten standen also in einem engen Zusammenhang.

M1 Schaubild „Jüdisches Vermögen wird Volksgut“



Schaubild in einem Bericht der „Treuhandsstelle bei der Jüdischen Kultusgemeinde Prag“ an das „Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“ der SS, 1943. Yad Vashem, Jerusalem, O.7. cz./ 133, Anhang, S. 1. // Die „Jüdische Kultusgemeinde“ war eine Zwangsvereinigung aller in Prag lebenden Jüdinnen und Juden und stand unter der Aufsicht der Gestapo.

Abb. 2: Schaubild in einem Bericht der „Treuhandsstelle bei der Jüdischen Kultusgemeinde Prag“ an das „Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren der SS 1943“. Copyright: Yad Vashem. Yad Vashem, Jerusalem, O.7.cz./133, Anhang, S. 1.

Die circa 260.000 vertriebenen Juden aus Deutschland, davon mehr als 15.000 aus Frankfurt, deren Vertreibung oftmals als „Auswanderung“ kleingeredet wurde, verloren dann endgültig den Zugang zu ihren auf Sicherungskonten fi-

xierten Ersparnissen, Geldvermögen oder Wertpapieren, weil die Konten erst in sogenannte „Auswanderersperrkonten“ umgewandelt wurden. Auf diese konnte von den neuen Lebensräumen in aller Welt aus nicht mehr zugegriffen werden. Der Weg ging dann von der Sicherung und Sperrung zur Umwandlung in „inländisches“ Vermögen, das der Reichsbank zur weiteren Verwendung durch das Reich zugeführt wurde.³⁷ Durch die ideologische Brille der Nationalsozialisten betrachtet war der gesamte jüdische Besitz schon lange Teil des „Volks-guts“ der „Reichsbürger“ und musste zu diesem zurückgeführt werden. Dazu gehörten die bei den Banken und Sparkassen gelagerten Guthaben, Geldvermögen und Wertpapiere. Darüber hinaus aber auch Sachwerte wie Schmuck, Luxusgegenstände, Maschinen, ganze Unternehmen und natürlich die Immobilien, wie überhaupt der gesamte nach der Vertreibung zurückgelassene und nicht mehr veräußerte Hausrat (Abb. 1).

Die Devisenstellen der Finanzämter bildeten mit dieser Aufgabenerweiterung von 1933 bis 1943 eines der zentralen Repressionsinstrumente, um allen Missliebigen – aus politischen oder rassistischen Gründen – den alltäglichen Überlebenskampf zu erschweren. Insofern sind die Akten der Devisenstellen Täterquellen mit konkreter Dokumentation des schändlichen Tuns. Sie sind aber zugleich auch Opferakten, weil sie den „Alltag“ dieser Repression in aller Breite und so personenbezogen wie keine andere Quelle, spiegeln. Sie geben Einblicke in die Etappen der Repression, die alle Mitglieder der jüdischen Gemeinde betrafen, die kleine oder große Geldrücklagen gebildet hatten. Sie verzeichnen sehr genau, welches Mitglied der Gemeinde bei welcher Bank seine Geldvermögen aufbewahrt hatte. Sie geben – und zwar bezogen auf die Devisenstelle Frankfurt ab Beginn des Jahres 1938 – systematisch und sehr genau Auskunft über die Summen der Vermögen, die zur Disposition standen, über die Demütigungen, um wenigstens Teile dieser Rücklagen und Vermögen weiter nutzen zu können. Akribisch wurde in den Akten auch festgehalten, was im Falle der Auswanderung vom Hausstand mitgenommen werden durfte und was einbehalten oder mit „Degeo-Abgaben“ (also Abgaben an die Deutsche Golddiskontobank in Berlin) kompensiert werden musste. Die Akten zeigen auch die frühen Abschöpfungen durch das Regime in Form von Sondersteuern wie der Sühnesteuer, der Reichsfluchtsteuer, der Judenabgabe und anderer Auswandererabgaben und in vielen Fällen die voranschreitende Verarmung vieler Gemeindemitglieder und damit den „Erfolg“ der Repression. Sie zeigen aber auch, wie die Geldbestände immer wieder durch Verkäufe aufgestockt wurden, was

³⁷ Zur quantitativen Dimension und ihrer räumlichen Zerstreung der Vertriebenen siehe Gertjan Broek, Die (fehlenden) Möglichkeiten zu flüchten. Jüdische Emigration 1933–1942, <https://www.annefrank.org/de/anne-frank/vertiefung/die-fehlenden-moeglichkeiten-zu-fluchten-judische-emigration-1933/> [06.11.2024].

durchaus auch zu ansteigenden „Guthaben“ führte, die im Zuge der Auswanderung oder Deportation enteignet wurden. Schließlich geben die Akten Auskunft über das weitere Schicksal jedes einzelnen der jüdischen Kunden; ob es noch gelang, auszuwandern oder unterzutauchen und zu fliehen oder die Inhaber*innen verstarben, Suizid begingen oder in die Vernichtungslager im Osten deportiert wurden (Abb. 2). Der Aktenbestand der Devisenstelle Frankfurt verzeichnet all dies für die Zeit von 1938 bis 1943. Danach ist davon auszugehen, dass es de facto keine Juden mehr in Frankfurt gab und mit ihrem Verschwinden auch keine Spar- oder Bankkonten mehr.

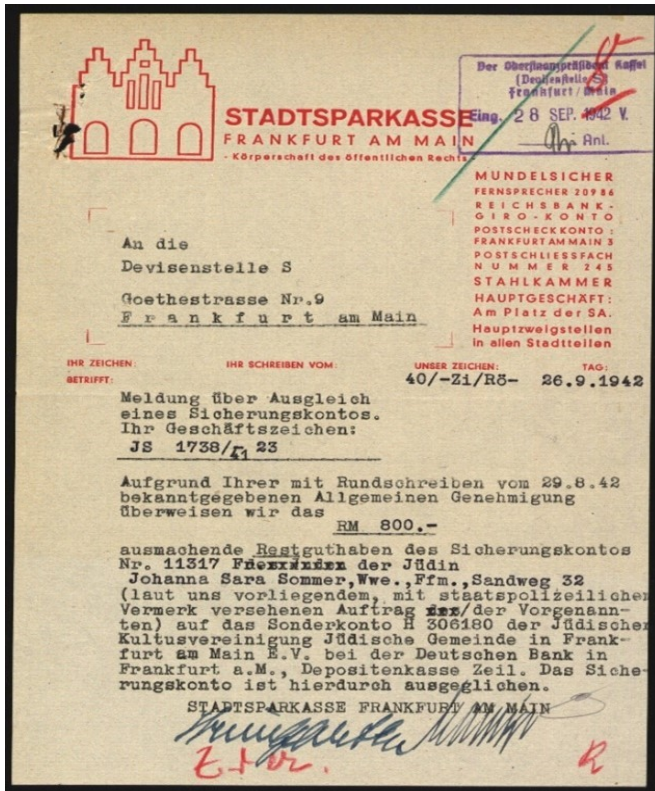


Abb. 3: Korrespondenz der Stadtsparkasse Frankfurt zur Auflösung eines per Sicherungsanordnung blockierten Kontos von Johanna Sommer. Hessisches Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden (fortan HHSTAW), 519/3, 31246.

Damit kann zumindest für diese fünf Jahre das Verschwinden des jüdischen Eigentums bei den Frankfurter Banken in allen Einzelheiten nachgezeichnet wer-

den.³⁸ Die diesbezügliche enge Zusammenarbeit zwischen Devisenstellen und Banken endete nach den Beschlüssen der Wannseekonferenz mit den Enteignungen im Zuge der Deportation in die Vernichtungslager, die in den Dokumenten als „Evakuierung nach dem Osten“ bezeichnet wurden und als „Auswanderung“ galten. Im Gegensatz zu den eigentlichen Auswanderungen machte man sich nun nicht mehr die Mühe, Auswanderersperrenkonten einzurichten. Nachdem die Deportationszüge mit den Opfern abgefahren waren, gehörte es zu den Aufgaben der Banken und Sparkassen, die Restvermögen „zur weiteren Verwendung durch das Reich“ an die Reichsbank zu überweisen. Die Banken und Sparkassen waren somit wichtige Glieder im System der Repression und im System des „Robbing the Jews“, die von Martin Dean prägnant zusammengefasst worden ist: „A key aspect of the blocking of accounts was the extent to which they were administered directly by private banks. In August 1940, the Economics Ministry issued guidelines confirming that the guiding principle of the new policy in August 1939 had been to shift much of the work onto the banks”.³⁹

Zweifelsohne regierte das System der Enteignung per Devisenstellen auch in der Bankenstadt Frankfurt. Wegen der zahlreichen Banken und der Größe der jüdischen Gemeinde wirkte es sich sogar ganz besonders verheerend aus. Ansprechpartner für die Banken war die Devisenstelle Frankfurt, eine der drei für Hessen zuständigen Devisenstellen, die über Frankfurt hinaus ganz Mittelhessen mit den beiden größeren Städten Wiesbaden und Fulda betreute. Ihre Akten wurden nach 1945 von den Alliierten gesichert und dienten nach Gründung der BRD bis zur Mitte der 1950er Jahre den hessischen „Wiedergutmachungsämtern“ als Unterlagen für die Prüfung von Restitutionsanträgen. Danach wanderten sie als eigener Bestand ins Hessische Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden. Sie sind darüber hinaus in dieser Zeit vom Historischen Archiv von Yad Vashem in Jerusalem mikroverfilmt und später digitalisiert worden und stehen der Forschung seit Jahrzehnten zur Verfügung. Obwohl anhand des Quellenbestandes der Devisenstelle Frankfurt der rund zehnjährige Vorgang der Enteignung aller Kontenbesitzer unter den rund 30.000 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Frankfurts und unzähliger weiterer als „Nichtarier“ klassifizierter Christen sehr weitgehend rekonstruiert werden kann, senkte sich jedoch erst einmal der Mantel des Schweigens darüber.

Es ist eines der vielen Rätsel der Frankfurter Erinnerungskultur, warum diese Akten, die seit einem Vierteljahrhundert intensiv zur Erforschung einzelner Schicksale von Juden genutzt werden – unter anderem von den Stolperstei-

³⁸ Vgl. Ralf Roth, *German Banks and the Holocaust – the Example of the Banking City of Frankfurt am Main*, nicht veröffentl. Ms. November 2022.

³⁹ Dean, *Robbing the Jews*, S. 142.

ninitiativen und für eine Datenbank im Jüdischen Museum zu den Deportierten – bisher nicht für eine Gesamtschau der Mittäterschaft der Banken bei der Enteignung der Juden herangezogen worden sind. Dies hätte bereits vor über 20 Jahren auf der Hand gelegen, weil jeder Enteignungsvorgang und jedes Detail der Repression von Seiten der Devisenstelle Frankfurt wie von Seiten der annähernd 40 beteiligten Frankfurter Banken festgehalten worden ist. Der Bestand umfasst allein für die Zeit von 1938 bis 1943 über 36.000 Einzelakten, von denen sich 28.000 auf Frankfurt beziehen.⁴⁰ Insofern ist das Verhalten der Frankfurter Sparkasse, ähnlich auch das der Stadtparkasse Frankfurt, in zahlreichen Einzelheiten bestens dokumentiert und überliefert – und zwar unabhängig von der hauseigenen Überlieferung beider Kassen. Es wäre somit seit langem ein Leichtes gewesen, den Schleier zu lüften, den Emil Emge über seine Schandtaten gelegt und hinter dem Blumentopf von Henri Matisse versteckt hat.

Die ersten Quellen aus diesem Bestand hatte ich Ende Juli 2021 dem Vorstandsvorsitzenden vorgelegt. Von Februar bis Juli 2022 recherchierte ich in den Arolsen Archives, besonders aber in dem genannten Bestand im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden weitere belastende Quellen, die es ermöglichen, ein immer genaueres Bild zu zeichnen und daraus eine Vorstudie für das US Holocaust Memorial Museum in Washington und für das Historische Archiv von Yad Vashem zu erstellen.⁴¹ Wie bei Albert Tachau und bei der Bewerbung um den Titel Musterbetrieb zeichneten sich beide Sparkassen bei der Umsetzung der Sicherungsanordnung durch besonderen Eifer aus und scheuten auch nicht vor Denunziationen jüdischer Sparbuchinhaber*innen zurück. Im Fall der Jüdin Berta Rother denunzierte die Sparkasse die jüdische Ehefrau eines Sparkontoinhabers und schrieb: „Herr Willi Rother, zurzeit im Felde, nahm Veranlassung, dieser Tage bei uns ein Kontokorrentkonto und zwar auf seinen Namen lautend zu errichten. Er wies uns an, seine Ehefrau, die Jüdin Berta Sara Rother, Mädchenname unbekannt, als ebenfalls verfügungsberechtigt auf diesem Konto vorzumerken“.⁴² Die Sparkasse forderte deshalb dringend eine Si-

⁴⁰ Die merkwürdige Missachtung zentraler Quellen ist nicht das einzige Rätsel in Bezug auf die Frankfurter Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus. Auch andere Besonderheiten der Stadt sind selbst nach acht Jahrzehnten nicht kritisch aufgearbeitet worden. Bereits 1994 wurde beispielsweise darauf hingewiesen, dass ausgerechnet in Frankfurt mit seiner maßgeblich von Juden gegründeten Universität mit dem Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene und dem Institut zur Erforschung der Judenfrage die zentralen NS-Institute zur „wissenschaftlichen“ Begründung ihres Antisemitismus angesiedelt worden sind. Siehe den Beitrag von Heike Drummer, „Stadt des deutschen Handwerks“, in: Lothar Gall (Hrsg.), FFM 1200. Traditionen und Perspektiven einer Stadt, Ostfildern 1994, S. 315-340, hier S. 331-337.

⁴¹ Vgl. Roth, German banks.

⁴² Frankfurter Sparkasse 1822 an die Devisenstelle Frankfurt am 21. Mai und 14. Juni 1941, Willi Rother und Berta Rother, geb. Speier, in: HHSTAW, 519/3, 30.697.

cherungsanordnung und mahnte diese auch energisch an, als sie nach drei Wochen noch nicht erfolgt war. Derartige Denunziationen finden sich gerade bei der Frankfurter Sparkasse und bei der Stadtparkasse Frankfurt häufiger als bei den großen Privatbanken. Auch lieferte die Sparkasse nicht nur beflissen Hinweise auf fehlende Sicherungsanordnungen. Sie hielt auch Sachbearbeiter der Devisenstelle energisch an, die Freibeträge möglichst niedrig zu halten,⁴³ damit das zu enteignende Vermögen durch Eigenverbrauch nicht allzu sehr geschmälert werde. Besonders perfide waren die Enteignungen, die im Gefolge der Verkäufe von Wertgegenständen oder Häusern und Grundstücken stattfanden und oftmals in engem Zusammenhang zur bevorstehenden „Auswanderung“ standen. Sie waren mit der Diskriminierung verbunden, dass der „arische Käufer“ dem „nichtarischen“ Verkäufer den Verkaufserlös nicht direkt aushändigen durfte, sondern ihn auf dessen Sicherungskonto überweisen musste. Die Sicherungskonten wurden jedoch mit der Auswanderung in Auswanderersperrenkonten umgewandelt und regelmäßig in inländisches Eigentum überführt, das heißt zugunsten des Reiches enteignet. Selbst wenn also reelle oder marktübliche Preise bezahlt worden waren, woran das Reich mit Blick auf die Enteignung ein Interesse hatte, gingen die Juden leer aus.⁴⁴

Nach Auswertung von um die zehn Prozent des Gesamtbestandes der Devisenstelle Frankfurt im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden fanden sich viele Beispiele dieser Praxis von Grundstücks- und Hausverkäufen, die die Frankfurter Sparkasse und die Stadtparkasse Frankfurt betreffen. Im Gesamtbestand dürften es Hunderte weiterer Fälle geben.⁴⁵ Eine Auswanderung oder Flucht gelang hochgerechnet circa tausend Kund*innen beider Kassen.⁴⁶ Den

⁴³ Als Beispiel für Sicherungsanordnungen seien von tausenden Fällen die von Adolf Adler angeführt, HHStAW, 519/3, 00.002. Zum Drängen auf Herabsetzung des Freibetrags siehe die Korrespondenz zwischen Frankfurter Sparkasse 1822 und der Devisenstelle Frankfurt zu ihrem Kunden Ferdinand Levi im Juni und Juli 1940 (Erlass einer Sicherungsanordnung und Höhe des Freibetrags) und März 1942 („in der Absicht der Nachprüfung des Freibetrages“ und seine Absenkung). Der Schwerkriegsgeschädigte wurde ein halbes Jahr später deportiert. Das Sparguthaben von über 8.000 Reichsmark wurde zur weiteren Verwendung durch das Reich eingezogen, Akte Ferdinand Levi, HHStAW, 519/3, 03.145.

⁴⁴ Zu Zwangssicherungen bei Verkäufen siehe Johanna Sommer, HHStAW, 519/3, 31.246, und Paul und Elisa Gross, HHStAW, 519/3, 1724.

⁴⁵ Verkäufe von Immobilien, die auf Konten der Frankfurter Sparkasse 1822 landeten, finden sich in folgenden Akten: Israel Andorn, HHStAW, 519/3, 00.364, Hans Herlitz, HHStAW, 519/3, 00.416, Levi Hess, HHStAW, 519/3, 00.377 und Alfred Stiefel, HHStAW, 519/3, 09.450. Die Stadtparkasse Frankfurt betreffen Ludwig Adler, HHStAW, 519/3, 12.198, Helene Heilbrunn, HHStAW, 519/3, 00.797 und Helene Henrich, HHStAW, 519/3, 00.792.

⁴⁶ Zu den Kund*innen der Frankfurter Sparkasse 1822 (Polytechnische Gesellschaft), denen eine Auswanderung gelang, zählten Adolf Adler, HHStAW, 519/3, 00.002, Isabella Althei-

schmerzlichsten Abschnitt des zehnjährigen Genozids bildeten jedoch zweifelsohne die in die Tausende gehenden Deportationen, die ungefähr ein Drittel der Akten von Bankkund*innen der verschiedenen in den Raub involvierten Banken betrafen und damit auch die Sparbuchinhaber*innen der Frankfurter Sparkasse. Deportiert wurden über 1.500 jüdische Kontoinhaber*innen beider Kassen, überwiegend Kund*innen der Frankfurter Sparkasse (Abb. 3).⁴⁷

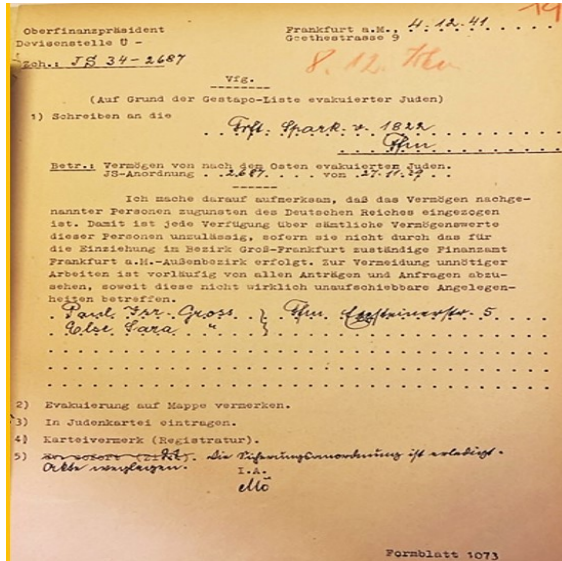


Abb. 4: Nachricht an die Frankfurter Sparkasse über die Deportation von Paul und Elisa Gross am 4. Dezember 1941, HHStAW 519/3, 01.724.

mer, HHStAW, 519/3, 11.660, Paul und Else Groß, HHStAW, 519/3, 22.245, Alfred Stiefel, HHStAW, 519/3, 09.450 und Elsa Weiss, HHStAW, 519/3, 09.453. Bei der Stadtparkasse Frankfurt fanden sich diesbezüglich die Akten von Karl Adler, HHStAW, 519/3, 11.471, Ludwig Adler, HHStAW, 519/3, 12.198, Adelheid Hess, HHStAW, 519/3, 00.755, und Ilse und Ellen Meyer, HHStAW, 519/3, 10.396.

⁴⁷ Deportationen von Kund*innen der Frankfurter Sparkasse 1822 (Polytechnische Gesellschaft) betreffen in dem Sample die Fälle Emanuel Adler, HHStAW, 519/3, 00.703, Martha Adler, versuchte Auswanderung, HHStAW, 519/3, 00.528, Philipp Andreae, HHStAW, 519/3, 34.669, Wilhelm Assenheim, HHStAW, 519/3, 00.801, Camilla Auerhan, HHStAW 519/3, 00.629, Richard Breitenfeld, HHStAW 519/3, 01.313, Paul Gross, HHStAW, 519/3, 01.724, Helene Heilbrunn, HHStAW, 519/3, 00.797, Siegfried Henle, HHStAW, 519/3, 00.754, Hans Herlitz, HHStAW, 519/3, 00.416, Jenny Herz, HHStAW, 519/3, 00.751, Dora Hess, HHStAW, 519/3, 00.434, Levi Hess, HHStAW, 519/3, 00.377, und Walter Salomon, HHStAW, 519/3, 06.663. Zur Stadtparkasse Frankfurt fanden sich Rosa Abt, HHStAW, 519/3, 00.506, und Ernst Höxter, HHStAW, 519/3, 00.540.

Mit ihrer mustergültigen Identifikation mit den Zielen des Nationalsozialismus wurde namentlich die Frankfurter Sparkasse ihrem hart errungenen Titel eines „Nationalsozialistischen Musterbetriebs“ gerecht, indem ihre Mitarbeiter es als „rechters“ ansahen, Juden zu enteignen und tatkräftig mithelfen, die jüdischen Gemeinden finanziell auszutrocknen und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören. Das gleiche galt auch für die nicht als NS-Musterbetrieb ausgezeichnete Stadtparkasse Frankfurt und ebenso für die Nassauische Landesbank als direkten Vorläufer der Landesbank Hessen-Thüringen, bei der sich heute auch das Erbe der Frankfurter Sparkasse wie der Stadtparkasse Frankfurt befindet. Auf der Grundlage von über 3.600 ausgewerteten Akten von einer der drei für Hessen zuständigen Devisenstellen zu Frankfurt lässt sich vorläufig hochrechnen, dass allein die drei heute zur Hessen- und Thüringischen Landesbank gehörende Bankinstitute und allein für Frankfurt die Summe von über 12 Millionen Reichsmark (53 Millionen Euro) für die Enteignung vorgesehenen Vermögens verwalteten, das sich auf rund 4.300 Konten und Sparbucheinlagen jüdischer Besitzer verteilte.⁴⁸

5. Fehlende Quellen?

Nichts davon findet sich bei den Historiker*innen, die dem Wunsch der Sparkasse folgend eine revidierte Fassung der Festschrift zum Sparkassen-Jubiläum geschrieben haben.⁴⁹ Sie reduzierten die Fehlleistung der Frankfurter Sparkasse auf 185 Sparbücher mit geringen Restersparnissen und stellten der Sparkasse auch ansonsten ein passables Zeugnis aus: Beide Sparkassen hätten „niemanden enteignet, niemanden deportiert und erst recht niemanden ermordet“.⁵⁰

⁴⁸ Die Geldvermögen oder Ersparnisse wurden in den Jahren zwischen 1938 bis 1943 vor der Enteignung im Zuge der Auswanderung oder Deportation dokumentiert. Zwischen diesen Zahlen und dem Akt der Enteignung vergingen u. U. Monate, in manchen Fällen auch Jahre, in denen sich der Vermögensbestand durch Eigenverbrauch verringern oder durch Verkäufe vergrößern konnte. Das Interesse des Staates war es, soviel wie möglich von den Geldvermögen auf den Konten zu sichern, weil sie als zukünftiges Vermögen des Reiches angesehen wurden. Von den ca. 36.000 Akten der Devisenstelle Frankfurt bezogen sich 28.000 auf Frankfurt. Von diesen 28.000 wurden ca. 10 %, also um die 2.800 Einzelakten für die demnächst erscheinende Studie Ralf Roth, Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden, Frankfurt am Main 2025, gesichtet und statistisch ausgewertet.

⁴⁹ Vgl. Friederike Sattler u. a., 200 Jahre Frankfurter Sparkasse. Unter Mitarbeit von Institut für Bank- und Finanzgeschichte (Hrsg.) und der Frankfurter Sparkasse 1822 (Auftraggeber), Stuttgart 2023.

⁵⁰ Thomas Stillbauer, Frankfurter Sparkasse bekennt sich zu ihrer Schuld, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Oktober 2023, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurter-sparkasse-bekennt-sich-zu-ihrer-schuld-92583590.html> [07.11.2024].

Das hatte auch niemand behauptet. Aber sie beteiligte sich an den tagtäglichen Repressionen und an den Enteignungen sowie an den Deportationen, die mit der Ermordung endeten, worauf Raul Hilberg in Bezug auf alle Banken bereits vor über 60 Jahren hingewiesen hat.⁵¹ Auch trugen die Sparkasse und die übrigen damals in Frankfurt aktiven Banken die Verantwortung für die Entlassungen ihrer jüdischen Angestellten. Demgegenüber behauptet Dieter Ziegler „immer wieder“ und jedes Mal falsch, die Faktenlage sei dürftig, denn „die Sparkasse habe keine Akten mehr aus der fraglichen Phase“.⁵²

Die Behauptung, die Faktenlage sei „dürftig“, ist nicht nachzuvollziehen, weil die Quellenlage in den öffentlichen Archiven, also die externe Überlieferung, ausgezeichnet ist. Deshalb ist es gerade für die hier interessierende Frage, welchen Anteil das Geldinstitut bei der Enteignung der Frankfurter Juden spielte, unerheblich, was es darüber hinaus noch selbst in ihren Kellern und Tresorräumen aufbewahrt, versteckt oder vernichtet hat. Man kann auf der Grundlage der seit Jahrzehnten öffentlich zugänglichen Quellen sogar in etwa die Dimension der damals allein in Frankfurt zur Enteignung vorgesehenen Vermögen bestimmen. Kommen wir dazu kurz auf die Quelle aus dem Historischen Archiv der Deutschen Bank zurück. Die Quelle nennt für Ende 1938 die Summe von 50 Millionen Reichsmark. In der Vorstudie, die die Quellen für die Jahre von Anfang 1938 bis 1943 einbezog, konnte das gesamte zur Enteignung verwaltete Vermögen der Juden beziehungsweise Nichtarier für die Deutsche Bank auf 71,5 Millionen RM berechnet werden. Allein die Frankfurter Filialen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank verwahrten zur Enteignung anstehende „nichtarische“ Vermögen in Höhe von 150 Millionen RM (660 Millionen Euro). Mit der Frankfurter Bank und ihren „nichtarischen“ Konten überschreitet der Wert dann bereits die Grenze von einer Milliarde Euro jüdischer Vermögen in Frankfurt, von denen der größte Teil bis 1943 dann dem Reich zugeführt wurde (Abb. 1). Berechnungen auf der Grundlage von tausenden von Einzelakten zur Zwangsverwaltung der jüdischen Vermögen bestätigten schließlich den Befund der Vorstudie. Sie belaufen sich, bezogen auf alle damaligen Frankfurter Banken und Sparkassen, auf mehrere hundert Millionen

⁵¹ Vgl. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 119-176.

⁵² Stillbauer, Frankfurter Sparkasse. Siehe auch Tobias Müller, Aufarbeitung oder Rolle rückwärts?, in: tacheles. Das Jüdische Wochenmagazin vom 24. Juni 2022. Ziegler bedient sich dabei des gleichen Argumentationsmusters wie in seiner Studie zur Dresdner Bank. Dabei müsste ihm seit einem Vierteljahrhundert bekannt sein, dass es gerade bei der Praxis der Banken betreffenden Beteiligung an der Enteignung von Hunderttausenden von Juden der Überlieferung in den Bankentürmen nicht bedarf, weil externe Überlieferungen dazu vorhanden sind. Siehe dazu auch meinen Vortrag „Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden“, <https://www.youtube.com/watch?v=H3Ss6h3d-qZ8/> [07.11.2024].

Reichsmark – in heutige Währung umgerechnet in etwa zwei Milliarden Euro.⁵³ Diese beziehen sich nur auf rund fünf Prozent der damaligen jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Bezogen auf die Gesamtzahl der mit Sicherungsanordnungen blockierten hunderttausenden von Konten lassen sich Vermögen in Höhe von 40 Milliarden Euro vermuten, was mit Hilfe weiterer Studien zu anderen Städten relativ einfach evaluiert werden könnte. Das erklärt wiederum, warum die Begehrlichkeit in Frankfurt über die ideologischen Ziele der Vertreibung hinaus mit den Jahren eher zu- als abnahm.

Was also ist von Historiker*innen zu halten, die diese Quellen in ihren Studien zu Banken auch vor der im Herbst 2023 erschienenen Sparkassenfestschrift niemals benutzt haben, obwohl sie seit langer Zeit bekannt sind?⁵⁴ Jakob Tanner, ehemals Mitglied der „Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ (Bergier-Kommission) zu den nachrichtenlosen Vermögen und den Raubgoldtransaktionen mit Nazi-Deutschland, also ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Finanz- und Bankengeschichte, erklärte zu diesen merkwürdigen Defiziten: „Es gehört zur Aufgabe der deutschen Sparkassengeschichte, den Zugriff des NS-Regimes auf jüdische Guthaben zu dokumentieren. Eine Verdrängung dieser Vorgänge wäre weder unter dem Aspekt einer wissenschaftlichen Vorgehensweise noch unter jenem der Forschungsethik zu rechtfertigen. Zweitens muss sich die historische Erforschung dieser Thematik selbstverständlich soweit wie möglich und machbar aller verfügbaren Quellen bedienen. [...] Sind bei Bankinstituten keine „hauseigenen Quellen“ mehr vorhanden, was unterschiedliche Gründe haben kann, ist es geradezu die Pflicht des Historikers, intensiv nach externen Spuren zu suchen. [...] Darüber hinaus ist es auch wichtig, [...] die Geschichte der Opfer [...] zu berücksichtigen [...]“.⁵⁵

Sind die Historiker*innen, die es der Frankfurter Sparkasse, den Frankfurter Banken und überhaupt allen Banken in Deutschland recht machen wollten, diesen Grundsätzen gefolgt? Nein, sind sie nicht, und zwar nicht nur im Fall der Frankfurter Sparkasse, sondern ebenso im Falle der Dresdner Bank in einem vor rund 20 Jahren erschienenen Werk und in der vor vier Jahren erschienenen Festschrift der Commerzbank. In all diesen Fällen steht die dort zu findende Behauptung von den „dürftigen Fakten“ auf äußerst unsicherem Grund, weil er den Verstoß gegen den Grundsatz der Historiografie beinhaltet, alle zur Verfügung stehenden Quellen zu berücksichtigen. Jakob Tanner erinnert an etwas, was eigentlich Gemeingut sein sollte und in den Proseminaren vermittelt

⁵³ Vgl. die erwähnte Vorstudie „German Banks and the Holocaust“ (Anm. 40) und demnächst Roth, Die Frankfurter Milliarden (Anm. 51).

⁵⁴ Siehe die Aufstellung am Beginn des Beitrags.

⁵⁵ Schreiben von Jakob Tanner an den Autor vom 25. Januar 2022.

wird.⁵⁶ Die Schwere der Versäumnisse gewinnt noch an Bedeutung, weil die Autoren mit ihren Studien stellvertretend für größere Teile der deutschen Unternehmensgeschichte stehen, die sich, nach den vielversprechenden Studien von Harold James und Ludolf Herbst zur Deutschen Bank und zur Commerzbank am Beginn des neuen Millenniums, in den letzten 20 Jahren mit Banken im Nationalsozialismus beschäftigt haben.



Abb. 5: Das Märgen von den fehlenden Quellen bezüglich der NS-Zeit verbreiteten in den letzten 25 Jahren zahlreiche Autor*innen: Harald Wixforth, Bielefeld und seine Sparkassen. 175 Jahre Sparkasse in Bielefeld, Bielefeld 2000; Klaus Dietmar Henke (Hrsg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde., München 2006, Bd. 1: Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs. Unter Mitarbeit von Ralf Ahrens, Michael Schneider, Harald Wixforth und Dieter Ziegler, München 2006; Bd. 2: Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden. Unter Mitarbeit von Maren Janetzko, Ingo Köhler und Jörg Osterloh, München 2006; Bd. 3: Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa. Unter Mitarbeit von Johannes Bähr, Jörg Osterloh, Friederike Sattler und Dieter Ziegler, München 2006; Bd. 4: Klaus-Dietmar Henke, Die Dresdner Bank 1933–1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft, München 2006; Paul Thomes, Da wo Sie zu Hause sind. 150 Jahre Sparkasse Saarbrücken, Saarbrücken 2008; Johannes Bähr, Die Geschichte der Bayern Landesbank, München/Zürich 2009; Lothar Hageböling (Hrsg.), Vom Leyhaus zur Sparkasse 1765–2015. Das öffentliche Bankwesen im Braunschweigischen Land, Braunschweig 2016; Stephan Paul/Friederike Sattler/Dieter Ziegler, 150 Jahre Commerzbank, München 2020; Joachim Scholtseyeck, Die Nationalbank, München 2021; und Friederike Sattler u. a. (Hrsg.), 200 Jahre Frankfurter Sparkasse, Stuttgart 2023.

⁵⁶ Historiker Roth kritisiert Sparkasse weiter: „Nebelkerzen und Falschbehauptungen“ zur Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Neue Presse vom 21. Oktober 2023; und Jürgen Dahlkamp, Zu flach gesprungen. NS-Aufarbeitung der Frankfurter Sparkasse, in: Der Spiegel vom 18. Oktober 2023, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/ns-aufarbeitung-der-frankfurter-sparkasse-zu-flach-gesprungen-kommentar-a-f301d306-0c87-44bc-9517-65bca72343d4> [07.11.2024].

Nur einer dieser zahlreichen Autoren, Paul Thomes, wies in seinem Buch zur Sparkasse Saarbrücken bereits vor 16 Jahren auf die zentrale Rolle der Banken beziehungsweise Sparkassen bei der Enteignung der Juden in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes hin und benannte auch ziemlich exakt, worin diese Mittäterschaft bestand: „Tatsache ist: In Deutschland brachen Sparkassen schon seit 1933 im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams, Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Kunden ab, obwohl keine allgemeinen Direktiven existierten“. Dies weitete sich dann 1938 auf die Spareinlagen aus: „1938/39 änderte sich die rechtliche Lage grundsätzlich durch die Einschränkung der Verfügbarkeit über Depots und Konten. Auch wenn für unseren konkreten Fall Belege fehlen, bestehen keine Zweifel daran, dass die Sparkassen die Maßgaben umsetzten“.⁵⁷ Die Anmerkungen zu Quellen und Literatur vermerken keine Recherche im Landesarchiv Saarbrücken, das die erste Adresse gewesen wäre, um den Verbleib der Akten der Devisenstelle Saarbrücken, in denen die Belege einmal vorhanden gewesen waren, abzuklären. So bildete auch in dieser Studie das Argument der fehlenden Quellen die Brücke, um die einstigen Vorgänge beschweigen zu können. Es dauerte dann noch einmal 14 Jahre, bis eine Publikation erschien, die dem Anspruch „offener Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus“ gerecht geworden ist. Auch bei den Ausführungen zur Metzlerbank hätte jedoch die Dimension der unter Zwangsverwaltung genommenen Vermögen erfasst werden können – und zwar in jedem Einzelfall wie auch insgesamt –, wenn neben den Quellen aus dem Archiv der Bank die Akten der Devisenstelle hinzugezogen worden wären.⁵⁸

6. Das Ende des Schweigens

Mit dem Hinweis auf die offensichtliche Missachtung wissenschaftlicher Grundsätze kommen wir langsam zu dem Phantomschmerz, der die Aufarbeitung der Frankfurter Geschichte im Nationalsozialismus seit vielen Jahrzehnten plagt und behindert. Schuld daran war die Beteiligung am System der Repression gegenüber den Juden, die Teilhabe an der Beraubung im Zuge der Auswanderung und der damit einhergehenden Deportation. All das, was Emil Emge verschwiegen hatte und stattdessen mit den verschleiernenden Worten, was eine „vergangene Epoche schlecht gemacht habe“, der Öffentlichkeit vorenthielt. Emge wusste nur zu genau, was mit den tausenden Sparbüchern der jüdischen Klientel der Frankfurter Sparkasse geschehen war. Er trug das Wissen für den Rest seines Lebens mit sich und ließ sich dennoch ohne jegliche Empathie für die

⁵⁷ Thomes, Da, wo Sie zuhause sind, S. 240.

⁵⁸ Vgl. Andrea Schneider-Braunberger, Das Bankhaus Metzler im Nationalsozialismus, München 2022.

Opfer als großzügiger Mäzen feiern. Dass er dies konnte, hatte er günstigen Umständen und dem Opportunismus vieler Beteiligten zu verdanken, was bis heute gilt. Das Regime endete in Frankfurt im März 1945. Es folgte unmittelbar Emges Amtsenthebung, der durch Wilhelm Weingarten von der Sparkasse ersetzt wurde – jemand, der die gleichen Verbrechen begangen hatte. Gegen seine Bestellung protestierte der Betriebsrat der Frankfurter Sparkasse, der die Rückkehr Fritz Hetzers, des geschäftsführenden Direktors in der Zeit der Weimarer Republik, durchsetzte. Bereits Ende 1946 kehrte Emge jedoch – mit Zustimmung desselben Betriebsrats und einem Persilschein Hetzers – wieder in den Vorstand der Sparkasse zurück.⁵⁹ Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der persönlichen Beteiligung Emges in den Nationalsozialismus und der Frage einer soliden Aufklärung über das Geschehen fand weder zu seinen Lebzeiten noch nach seinem Tod statt. und besteht deshalb bis heute fort.⁶⁰

Auch die Autor*innen, die gleich im Dreierpack durch meine unfreiwillige Verabschiedung in den Genuss unverhoffter Einnahmequellen kamen, müssen feststellen, dass „es seitens der Sparkasse kein Bedauern gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen gegeben“ hat.⁶¹ Das Bedauern der Autor*innen geht allerdings auch nicht sehr tief, weil sie seit zwei Jahrzehnten nichts dabei finden, Quellen, die sehr konkret Auskunft zu den Verbrechen der Banken in der NS-Zeit geben, einfach unberücksichtigt zu lassen.

Wie fügt sich das alles in die stadtgesellschaftliche Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus? Im Gegensatz zur Sparkasse mit kulturel-

⁵⁹ Vgl. Schreiben zur Amtsenthebung von Direktor Emil Emge durch den kommissarischen Leiter Wilhelm Weingarten vom 31. Mai 1945; Schreiben der 18. Spruchkammer der Kammer Frankfurt zur Einstufung von Emil Emge als Mitläufer vom 23. November 1946; Schreiben von Johannes Becker und Fritz Hetzer zu seiner Wiedereinstellung vom 9. Dezember 1946; und Schreiben des Betriebsrats, Theodor Monsheimer, der Sparkasse zum Antrag auf Wiedereinstellung von Emil Emge vom 16. Dezember 1946. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Emil Emge: Nachlass S1-531 Nr. 2. Siehe Sparkassen. Betr. Personalangelegenheiten und Geschäftstätigkeit der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft) in Frankfurt, darin: zu Emil Emge, Frankfurt. Meldebögen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, Wiedereinstellung entlassener nationalsozialistischer Abteilungsleiter, Interim Balance Sheet for Banks, Dezember 1946, in: HHSTAW 507 / Serie 4.7.2.3.4.; Spruchkammerbescheide, <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=s27747> [07.11.2024].

⁶⁰ Gedenkfeier für Emil Emge, in: FAZ vom 27. Februar 1965. Dieser konstruierte Mythos wirkt bis heute in der Geschichtsschreibung der Polytechnischen Gesellschaft fort. So vorzüglich und kritisch die vor neuen Jahren erschienene Festschrift von Thomas Bauer zum 200-Jährigen Jubiläum ist, gerade weil sie viele Details zur Rolle der Polytechnischen Gesellschaft und der Frankfurter Sparkasse in den zwölf dunklen Jahren von 1933 bis 1945 enthält, so zeichnet er doch das Bild Emges dem Mythos folgend. Vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 149.

⁶¹ Stillbauer, Frankfurter Sparkasse.

ler Verantwortung und der merkwürdigen Form ihres Rückblicks auf die Schreckenszeit in Form eines expressionistischen gemalten Blumenstraußes nahm die Stadtgesellschaft die Erinnerung an den Zivilisationsbruch sehr viel ernster. Auch wenn in Hamburg und Hannover erste Erinnerungsmonumente sehr viel früher und sogar bereits kurz nach dem Krieg entstanden, begann 1963, mit den Frankfurter Auschwitzprozessen, eine viel nachhaltigere und zielführendere Art, über Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Minderheit zu sprechen. Parallel zu Vorbereitungen und Durchführung der Prozesse entstand das erste Erinnerungsmonument an die Schreckenszeit, das Mahnmal für die Opfer des Naziterrors von Hans Wimmer, das am 24. Oktober 1964 an der Paulskirche enthüllt wurde. Der Entwurf Wimmers ging im Mai 1964 aus dem von der Stadt Frankfurt ausgeschriebenen Wettbewerb als Sieger hervor. In wenigen Monaten führte der Bildhauer danach seinen Entwurf für das Denkmal aus. Es misst in der Höhe nicht weniger als fünfeinhalb Meter und fand seinen Platz inmitten der Frankfurter Öffentlichkeit an der westlichen Außenfront der Paulskirche. Die gefesselte, kniende Gestalt mit ihren zusammengebundenen Händen, die sie über ihren Kopf hält, versinnbildlicht die Zeit des mehr als ein Jahrzehnt anhaltenden Leidens bis hin zur Ermordung. Die Figur kniet auf einem Sockel aus Sandstein, der die 53 Namen der damals bekannten Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die Ghettos, in denen Juden und Jüdinnen über Jahre hinweg ihr Leben fristen mussten, auflistet.⁶² Das Leiden, das Wimmer dort in Stein gemeißelt hat, ging auch in tausenden von Fällen durch die Bürostuben der Frankfurter Sparkasse, und zwar bei jedem einzelnen Fall ihrer damaligen jüdischen Sparer*innen.

Nach der Aufstellung von Wimmers Denkmal errichtete Frankfurt dann erst in den 1980er und 1990er Jahren weitere Denkmäler, Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Dazu gehören unter anderem: ein Denkmal zum Auschwitzprozess von Michael Sander vor dem Saalbau Gallus in der Frankenallee in Frankfurt (1993), der Frankfurter Engel oder Mahnmal der Homosexuellenverfolgung am Klaus-Mann-Platz in der Innenstadt von Rosemarie Trockel (1994), die Gedenkstätte Neuer Börneplatz (1997), von 2003 bis heute zahlreiche von Gunter Demnig verlegte Stolpersteine der Initiative Stolpersteine, die Gedenkstätte Ehemaliges Polizeigefängnis Klapperfeld des Vereins Faites Votre Jeu (2009), die Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle am Philipp-Holzmann-Weg im Ostend des Architekturbüros Katz Kaiser (2015) und das Waisenkarussell in der Gallusanlage im Bahnhofsviertel von Yael Bartana (2021).⁶³ Wei-

⁶² Mahnmal für die Opfer des Naziterrors an der Paulskirche in Frankfurt von Hans Wimmer enthüllt am 24. Oktober 1964. Kunst im öffentlichen Raum in Frankfurt, <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=88> [07.11.2024].

⁶³ Vgl. Ehemaliges Polizeigefängnis Klapperfeld, <https://klapperfeld.de/> [07.11.2024]. Zu

terhin entstanden in dieser Zeit mehrere Forschungseinrichtungen, die sich mit der kommunalen Ausprägung des Nationalsozialismus und der Vernichtung der Juden in dieser Stadt beschäftigt haben. Von diesen ist neben der Neuausrichtung des Historischen Museums Frankfurt und dem zum Institut für Stadtgeschichte aufgewerteten ehemaligen Stadtarchiv, das viel zur Erforschung der Zwangsarbeit in Frankfurt beigetragen hat, das erste kommunale Jüdische Museum der Bundesrepublik Deutschland zu nennen, das am 9. November 1988 eröffnet wurde.⁶⁴ Weiterhin gehört das in Erinnerung an die Auschwitz-Prozesse gegründete Fritz-Bauer-Institut dazu, dessen Gründungsgeschichte bis in das Jahr 1993 zurückreicht.⁶⁵ Die Goethe-Universität selbst besaß zudem noch bis vor kurzem die rührige Forschungsstelle NS-Pädagogik und pflegt nach dem Umzug in das ehemalige Verwaltungsgebäude der I.G. Farben das Wollheim Memorial.

Das machte nach der Millenniumswende auch Eindruck auf das Institut für Bank- und Finanzgeschichte und seinen damaligen Vorsitzenden Hans Pohl. Er schloss sich den Bestrebungen an, das Verhältnis der Banken im Nationalsozialismus genauer zu untersuchen und folgte damit dem Weg der Aufklärung, den die Deutsche Bank und die Commerzbank eingeschlagen hatten. In diesem Zusammenhang forderte er vor 20 Jahren sein Institut auf, die Rolle der Sparkassen im Nationalsozialismus anhand von Einzelstudien genauer zu untersuchen. Es spreche viel dafür, „dass die Sparkassen auf recht breiter Ebene an der verwaltungstechnischen Durchführung der nach Kriegsausbruch stetig verschärften Zwangsmaßnahmen gegen die Juden beteiligt wurden“. Er schränkte seinen Vorstoß unter Berufung auf Karl Heinrich Kaufhold und Harald Wixforth allerdings gleich wieder ein, weil „je weiter die nationalsozialistische Herrschaft fort dauerte und je totaler sie wirkte, desto schwerer sind diese Wirkungen in den erhaltenen Akten zu erfassen“, was offensichtlich falsch ist.⁶⁶ Auch er gab sich also in Bezug auf die Quellen pessimistisch, obwohl damals eine breite öffentliche Diskussion um die zentralen Quellen zum Verhältnis von Banken, Staat und Nationalsozialismus für einige Aufregung gesorgt hatte. Damit war die Legende von den fehlenden Quellen geboren, die bis heute immer wieder angeführt wird, um zu verhindern, dass Licht in das Dunkel um die Rolle der

den einzelnen Denkmälern und Gedenkstätten siehe: <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=176> [07.11.2024].

⁶⁴ Siehe hierzu den Beitrag von Michael Lenarz in diesem Band.

⁶⁵ Siehe Katharina Rauschenberger, 25 Jahre Fritz Bauer Institut, <https://www.fritz-bauer-institut.de/geschichte> [07.11.2024]. Mitteilungen des Fritz Bauer Instituts Nr. 163, S. 71, <https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/163/publikation/foerderverein-fritz-bauer-institut/> [07.11.2024].

⁶⁶ Hans Pohl/Bernd Rudolph/Günther Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 174 f.

Banken im Nationalsozialismus fällt.

Was ist jedoch bei alledem aus dem vielversprechenden Gegenentwurf geworden, sich der Verantwortung zu stellen, der zwischen 2001 und 2004 mit den beiden Studien von James und Herbst seinen Anfang genommen hatte? Nicht viel, denn es haben bis heute in Frankfurt von den 40 Banken, die zur Zeit des NS-Zeit existiert haben, lediglich die beiden Genannten und jüngst die Metzlerbank überhaupt auf ihre Beteiligung an diesen Verbrechen hingewiesen. Die Versprechen der Unternehmensgeschichte von 1997 hielten keine zehn Jahre und endeten abrupt im Jahr 2006 mit dem Erscheinen der vierbändigen von Klaus Dietmer Henke herausgegebenen Studie „Die Dresdner Bank im Dritten Reich“.⁶⁷

Die Dresdner Bank im Dritten Reich ist das wohl größte Projekt zum Thema überhaupt. Es beteiligten sich zehn Historiker*innen, die wie oben aufgeführt seitdem den Ton in dieser Nische der deutschen Geschichtswissenschaft angeben. Das Team in der Stärke einer Fußballmannschaft fand jedoch keine Quellen zur Dimension der Verbrechen gegenüber den jüdischen Konteninhaber*innen der Dresdner Bank, obwohl sie „in jahrelanger Arbeit aufwändig sämtliche Akten aus den Unternehmen, der Finanzverwaltung, den NS-Behörden sowie der sog. Wiedergutmachungsunterlagen zusammengetragen“⁶⁸ hätten. Dennoch bedauerte der mehrmals genannte Dieter Ziegler, der Verfasser des zweiten Bandes zur „Dresdner Bank und die deutschen Juden“, dass sich leider „der Umfang der von ihr an die Finanzverwaltung überwiesenen Werte nicht mehr exakt rekonstruieren“ lasse und rätselte um einzelne im Hausarchiv gefundene Listen und ob der Wert von 6,9 Millionen RM die Gesamtsumme sein könne.⁶⁹ Dann hätte die große, national aufgestellte Dresdner Bank die gleichen jüdischen Vermögen wie die kleine lokale Frankfurter Sparkasse verwaltet. Noch fragwürdiger wird sein Befund, wenn berücksichtigt wird, dass sich die Höhe der jüdischen Vermögen allein bei der Frankfurter Filiale der Dresdner Bank auf einen Wert um die 40 Millionen RM (176 Millionen Euro) auftürmten.

Die Legende von den fehlenden Quellen des IBF-Vorstandes Pohl und des Dresdner Teams um Klaus Dietmar Henke machte dann Schule. Die Autoren dieser Studie setzten ihre Arbeit bei anderen Banken fort und ihnen folgten in der Nichtbeachtung der Akten der Devisenstellen auch alle anderen Autor*innen im Umkreis der Historischen Seminare von Bochum, Bonn und Frankfurt. Von Studie zu Studie trat dann Rolle der Banken bei den Raubzügen des Reiches gegen die Juden und Jüdinnen immer mehr in den Hintergrund. Sie igno-

⁶⁷ Klaus Dietmer Henke (Hrsg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde., München 2006.

⁶⁸ Einer der Beteiligten, Ingo Köhler, heute Direktor des Hessischen Wirtschaftsarchivs und Mitverfasser einer der Studien, in einer E-Mail an den Autor vom 2. Juni 2022.

⁶⁹ Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden, S. 393.

rierten dabei nicht nur die diesbezüglichen Quellen, sondern auch die umfangreiche Literatur zu „Robbing the Jews“ und zur „Vernichtung der europäischen Juden“, ja sogar die Strukturen der Enteignung, die Harold James und Ludolf Herbst beziehungsweise Hannah Ahlheim zwischen 2001 und 2004 offengelegt hatten. Ab 2009 kam das Thema überhaupt nicht mehr vor (Abb. 5).⁷⁰ Auf leisen Sohlen war man zur Nichterinnerung zurückgekehrt, weil Erinnerung lästig und unbequem ist.

Es trifft mithin ziemlich genau zu, was Max Czollek an der deutschen Erinnerungskultur beklagt: Es sei seit längerem eine „Intensivierung symbolischer Handlungen“ festzustellen, „die aber keine echte Übernahme von Verantwortung bedeutet[e] – etwa in der Form von Entschädigungen, Rückübertragungen oder Verurteilungen wegen Mordes. Dieses Auseinanderklaffen von symbolischer Ebene und Realität ist unterdessen so normal geworden, dass man Ereignisse wie den rasanten Aufstieg einer völkischen Partei kaum noch als Erschütterung der erinnerungskulturellen Wiedergutwerdung Deutschland(s) erlebt“.⁷¹ In diesem Kontext wird seit über 60 Jahren in Frankfurt erinnert, ohne sich der Dimension des Raubes und seiner Folgen für die Betroffenen bewusst zu werden. Es ist dabei noch vor den Banken den Historiker*innen zu verdanken, dass dem bis heute so ist. Quia memoria dolet et pecunia non olet!

Ralf Roth ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Verbindung von Sozial- und Stadtgeschichte. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Publikationen zur Arbeiter- und Bürgerumsforschung, aber auch zur Rolle von Verkehr und Kommunikation im infrastrukturellen Ausbau der Städte. Letzte Buchveröffentlichungen: Ralf Roth / Paul van Heesvelde (eds.), *The City and the Railway in the World from the Nineteenth Century to the Present*. New York 2023, und demnächst Ralf Roth, *Das bürgerliche Heidelberg 1750–1850*. Frankfurt am Main und New York 2025, sowie Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*. Frankfurt am Main 2025.
Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de

⁷⁰ Siehe Aufstellung der Bankstudien oben.

⁷¹ Czollek, *Versöhnungstheater*, S. 13.